

# Der Deutsche Metallarbeiter

## Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementpreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 Mk. Einzelgenpreis die 6 gepalt. Colonietheile für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatangelegen 1 Mk.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

### Menden-Solingen.

Eines der traurigsten Kapitel in der modernen Arbeiterbewegung ist der geradezu fanatische Haß, mit dem die Partei- und Gewerkschaftssozialisten die christlichen Arbeiter und ihre Gewerkschaften bekämpfen. Diese sogenannten Arbeitervertreter scheiden nicht davor zurück, den Unternehmern Handlangerdienste zu leisten, um kämpfende christliche Arbeiter um den Erfolg des Kampfes zu pressen. Ein sprechendes Beispiel in dieser Beziehung ist die Haltung der Sozialdemokraten während des Kampfes mit nachfolgender Generalausperrung in der Mendener Metallindustrie.

Das Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes hat in dem halbjährigen Kampfe nicht nur keine einzige Sperrnotiz gebracht, sondern heulte fortwährend gegen die Organisation der kämpfenden christlichen Arbeiter. In seiner Nr. 48/1912 schrieb das Organ des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes mit Bezug auf den Mendener Kampf:

„Aber der Kampf wäre für die Mendener Arbeiter nicht umsonst geführt, wenn er ihnen . . . bewiese, daß der christliche Metallarbeiterverband zur wirklichen Vertretung der Arbeiterinteressen unfähig ist.“

Das heißt zu gut deutsch, wir (Sozialdemokraten) wünschen Euch kämpfenden Metallarbeitern von Menden eine Niederlage, weil ihr christlich organisiert seid. Wer zu lesen versteht, wird aber auch ohne große Mühe herausfinden, daß in diesem Satz eine indirekte Anpreisung des sozialdemokratischen Verbandes liegt, der in echt marxistisch-schreierischer Manier immer so tut, als könne er Dämme aus der Erde reißen.

In Wirklichkeit hat er aber alle Ursache, recht hübsch still zu sein. Das beweist trefflich wieder einmal der zusammengebrochene Streik bei der Firma Rautenbach in Solingen. Verlauf und Begleiterscheinungen dieses vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband inszenierten, nach 18wöchentlicher Dauer zusammengebrochenen Streiks sind so eigenartig, daß sich ein Vergleich mit Menden geradezu aufdrängt. Unsere Kollegen mögen folgende Tatsachen recht gut im Gedächtnis halten, und sie den Genossen bei jeder sich bietenden Gelegenheit kräftig unter die Nase reiben.

„Seit dem 4. Februar streiken die Arbeiter in der Gießerei der Firma Rautenbach in Wald bei Solingen“, so ist am 10. Mai in der sozialdemokratischen Metallarbeiterzeitung zu lesen. Eine Sperrnotiz brachte das Blatt erst am 15. März 1913, also fünf Wochen nach Ausbruch des Streiks, darin war aber nicht von einem Streik die Rede, sondern nur ganz schämig von Differenzen. In unserm Organ wurde schon zwei Wochen früher vor Bezug nach dieser Firma gewarnt und zwar wegen Streik, obwohl bei diesem Streik der rote Verband fast allein in Betracht kam. Die „Metallarbeiterzeitung“ brachte erst am 24. Mai eine Sperrnotiz, worin von einem Streik die Rede ist. Warum wohl? Der Stahlwarenarbeiter, das Organ des sozialdemokratischen Industriearbeiterverbandes gibt in seiner Nr. 24/1913 in einem Artikel, betitelt: „Was er kann“ eine Antwort darauf, in der es unter anderem folgendermaßen heißt:

„Der Metallarbeiterverband hat den Streik der Formier bei der Firma Rautenbach, Mangerberg bedingungslos aufgehoben. „Der Streik bei der Firma Rautenbach geht weiter“, verkündete der „Vorwärts“. Am Tage vorher aber hatten bereits die Vertreter des Metallarbeiterverbandes um Friedensbedingungen angehalten, waren aber abgewiesen worden. Dann erfolgte die bedingungslose Aufhebung des Streiks. War sie notwendig? — Nein! 11 Millionen beträgt das Vermögen des Metallarbeiterverbandes, so haben wir es uns jüngst noch vordemonstrieren lassen müssen. Zur Unterstützung von 20 streikenden Formieren würden die wohl ausgereicht haben. Wenn freilich das Geld nicht zwecklos fortgeworfen werden sollte, dann müßte weiter ge-griffen werden. Andere Gießereien des Solinger Industriebezirks stellten Streikarbeit für die Firma Rautenbach her und es waren Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes selbst, die daran arbeiten mußten. Ob das der Grund war, weshalb man mit einer blamablen Niederlage fürlieb nahm, entzieht sich unserer Kenntnis. Wir wissen nur, daß sich die Formier eines Betriebes nach 14 Tage vor der bedingungslosen Streikaufhebung mit der Öffnung getragen haben, sich mit ihren Kollegen bei der Firma Rautenbach solidarisch erklären zu können, nach einer stattgefundenen Versammlung aber nichts mehr verlauten ließen. Soviel steht ferner fest, daß eine Ausdehnung des Kampfes auf andere Gießereien Weiterungen nach sich gezogen hätte, da der Arbeitgeberverband dem Spiele nicht ruhig zusehen haben würde. Ausperrungen sind aber bekanntlich beim Metallarbeiterverband nicht gut an-gesprochen.“

Weil eine eventl. Aussperrung drohte, darum die merkwürdige Haltung und die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit nach 18wöchentlichem Streik. Kann man sich etwas Klüglicheres denken. Und das war nicht der erste Kampf, den der „deutsche“ Metallarbeiterverband so unrlühlich beendete. Schrieb doch der Vorsitzende des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, der doch am besten wissen muß, was der rote Verband geleistet hat z. B. im „Zeitgeist“, dem Bildungsorgan für die Funktionäre seiner Organisation:

„Eigentlich kein Kampf, der von den Unternehmern mit einem Streik der Arbeitgeber, mit einer Aussperrung größeren Stils beantwortet wurde, ist von uns (vom sogd. Verband. D. B.) erfolgreich beendet worden. Das heißt, wohl haben wir hier und da Verbesserungen erzielt, in der Mehrzahl der Fälle war uns das Erreichte aber schon vorher im Unterhandlungswege oder in der Antwort auf unsere Forderungen zugefanden worden.“

Also keine einzige Aussperrung hat nach Aussage seines Vorsitzenden der sozialdemokratische Metallarbeiterverband erfolgreich beenden können. Damit vergleichen man einmal das großmütige Getue der Partei- und Gewerkschaftssozialisten, und jeder denkende Metallarbeiter muß sich selbst klar sein, was von diesen Leuten zu halten ist.

Bedauerlich ist und bleibt im Interesse der gesamten Metallarbeiter die arbeiter-schädigende Haltung der Sozialdemokraten. Diese „Arbeiterführer“, die „mögeln, wo immer sie mögeln können“ und „schlecht sind wie die Nacht“, wenn es gegen die ihnen so verhassten Christen geht, müßten von den denkenden und ehrlich vorwärts strebenden Arbeitskollegen in den freien Gewerkschaften ganz energisch zur Ordnung gerufen werden. Mit Säham und Born müßte es sie erfüllen, daß die verabscheuungswürdige Rolle, welche Führer ihrer Organisation gespielt haben, vom Gericht als „Arbeiterverrat und Teufeleien“ gekennzeichnet wurden.

Erst dann werden bessere Verhältnisse eintreten, wenn diesen Burken gründlich das Handwerk gelegt wird. Unsere Kollegen aber sollten unermüdblich tätig sein in der Aufklärungsarbeit unter den Freiorganisierten, damit die Interessen der Metallarbeiter nicht unter die Räder kommen und ihnen zeigen, daß die Sozialdemokraten den kämpfenden und ausgesperrten christlichen Metallarbeitern in Menden schmäblich in den Rücken gefallen sind, während sie ihre Mitglieder in der roten Hochburg Solingen bedingungslos nach sechszehnwöchentlichem Kampf ins alte Joch zurückschicken.

Ept.

### Neues Leben in unseren Versammlungen

Ergreifendweise hat in letzter Zeit in unserem Verbandsorgan eine Aussprache stattgefunden über den Versammlungsbesuch. Da alle diese Anregungen den Organisationsgedanken vertiefen wollten und sollen, möchte auch ich einige Beobachtungen mitteilen, die ich im Laufe der Zeit als sehr gute Hilfsmittel zur Belebung des Versammlungsbesuches kennen gelernt habe.

Bei allen Versammlungen soll der Vorstand sein Augenmerk auf die Beschaffung eines entsprechenden Raumes richten, weil gerade dieser wesentlich auf die Stimmung der Versammlungsbesucher einwirkt. Ein kollektiver kleiner Raum ist eine ganz andere Stimmung aus, als ein großer Saal, in welchem 100 Personen anwesend sind, der aber 500-1000 fassen kann. In solchen Sälen wird sich niemals die notwendige Begeisterung auslösen und in der Regel sind die Kosten für eine solche Veranstaltung zwecklos verpulvert. Dann noch eins. Bei allen Veranstaltungen sollten unsere Kollegen immer zunächst die mittleren Plätze besetzen und sich nicht in die Ecken brücken. Ist die Mitte besetzt, dann macht das ganze direkt einen viel freundlicheren Eindruck. Auf diesen Punkt ist ganz besonders Wert zu legen und unsere Lokale sollten sich nicht nur in Ermahnungen und Bitten ergehen, sondern zuerst im Lokal sein und dann den Kollegen, so, wie sie kommen, die Plätze anweisen. Wer sich einmal in einem Caf festgesetzt hat, ist absolut nichts herauszubringen. Das ist so, alles philosphieren darüber hilft nichts. Darum, Vorstände, verteilt und weist die Plätze an, wenn ihr wisst, daß das äußere Bild der Versammlung von vornherein ein freundliches ist.

Ebenso wichtig, wenn nicht noch wichtiger, wie das Versammlungslokal ist die Vorbereitung der Versammlung. In manchen Gruppen und Zählstellen hört man öfter die Klage, daß die Mitglieder so nachlässig im Besuch der Versammlungen seien. Den Gründen und Ursachen dieser mißlichen Erscheinung wird in der Regel aber nicht genügend nachgeforscht und zu Reibe gerächt. Die Gruppenleitungen sind der Meinung, daß die Bekanntmachung der Veranstaltung im Versammlungskalender genügt. Etwas ganz besonderes glaubt man mancherorts getan zu haben, wenn man die Versammlung durch Stempel auf dem Verbandsorgan bekannt gibt. So wichtig dieses ist, und ich es unter keinen Umständen mißten möchte, so sind dadurch doch noch längst nicht alle Mittel zur Erzielung eines guten

Versammlungsbesuches erschöpft. Wie oft kommt es vor, daß dem Mitgliedern die Zeitung, welche die Einladung zu der am Sonntag vormittag 10 oder 11 Uhr stattfindenden Versammlung enthält, erst gegen 12 oder 1 Uhr zugestellt wird. Zeigt schon dieses Beispiel, daß wir hin und wieder etwas außerordentliches tun müssen, so stumpft die einseitige Einladungsform auf die Dauer auch ab. Abwechslung in der Einladungsform wird uns dem Ziele näher bringen.

Unseren Vertrauensmännern und Hausagitatoren, namentlich den letzteren, fällt dabei eine große Aufgabe zu. Mindestens einmal im Monat sollten sie kurz vor dem Stattfinden der Versammlung die Kollegen in ihrem Bezirk aufsuchen, ihnen die neuesten Flugblätter und Broschüren zustellen und sie auf die Versammlung hinweisen. Die Kollegen, welche die größte Anzahl Mitglieder aus ihrem Bezirk in die Versammlung bringen, müßten besonders lobend hervorgehoben werden. Das spornt die anderen an.

Durch schriftliche Einladungen sollen die Mitglieder mindestens zweimal im Jahre zum Besuch der Versammlung aufgefordert werden. Am besten tut man dieses, wenn besondere Veranstaltungen geplant sind, öffentliche Versammlungen etc. Sehr häufig kommt es vor, daß die Gruppenleitungen Gäste eingeladen, einen tüchtigen Redner gewonnen und in der Presse auf die Veranstaltung aufmerksam gemacht haben. Die Mitglieder sind aber nicht zum Besuche der Versammlung angejournet worden, und so kommt es, daß von ihnen ein sehr großer Teil fehlt. In solch unangenehmer Situation gibt es dann noch Vorsitzende, die ein Jammerlied anstimmen über die Interesselosigkeit etc., sogar freigestellte Beamte sah ich schon in solcher Pose. Die guten Leute, wollten sie doch nur an ihre eigene Brust schlagen, durch ihr Jammerlied wird die Sache nicht besser und den Anwesenden rauben sie auch noch die Lust an der Mitbeteiligung. (Sehr richtig. Red.)

Vielfach könnten unsere regelmäßigen Monatsversammlungen eine etwas interessantere Ausgestaltung sehr wohl be-tragen. Gemöhnlich lautet die Tagesordnung: Protokoll, Kartellbericht, Vortrag und Verschiedenes. Auch hier stumpft genau so, wie bei den Einladungen die Eintönigkeit auf die Dauer ab, wodurch die Schlagfertigkeit des einzelnen nicht gehoben wird. In jeder Versammlung könnte ein Kollege (am besten ist's wenn jedesmal ein anderer an die Reihe kommt) einen Rückblick geben, über das was seit der letzten Versammlung wichtiges im Verband, in der Ortsgruppe und im gewerkschaftlichen Leben überhaupt vorgekommen ist. Material hierzu bietet unser Verbandsorgan in Hülle und Fülle. Wenn das richtig durchgearbeitet wird, dann erhalten unsere Kollegen von selber die notwendige Durchbildung. Und was die Hauptsache ist, diese interessanten Vorkommnisse bieten unseren Kollegen das nötige Material den Gegnern gegenüber auf der Arbeitsstelle.

Die Kontrolle des Versammlungsbesuches sollte in keiner Versammlung und Zählstelle unterbleiben. Nur am Stempel im Mitgliedsbuch kann man ersehen, ob der jeweilige Buchinhaber ein guter Versammlungsbesucher ist oder nicht und feststellen, ob die Bestimmungen des Statuts hinsichtlich des Versammlungsbesuches erfüllt worden sind. Darum noch einmal, kontrolliert und bescheinigt den Versammlungsbesuch. Wo die Vorstände in dieser Beziehung lässig sind, sollten die Mitglieder nach dem Rechten sehen.

Mancher Ortsgruppenvorsitzende wird sagen: Gewiß, das ist alles ganz gut, aber wer bezahlt die Kosten. Ja, wieso denn? Was ich da vorge schlagen, macht doch keine besonderen Kosten. Höchstens könnten hier die schriftlichen Einladungen in Betracht kommen. Aber das ist doch auch nicht die Welt. Wenn jede Gruppe für einen vernünftigen Marschdurchschnitt — unter 48 sollten es auf keinen Fall sein — Sorge trägt und einen Lokalaufschlag von wenigstens 10 bis 20 Pfg. erhebt, dann sind die Kosten spielend aufzubringen.

Um die notwendige Begeisterung auszulösen in der Ortsgruppe ist es notwendig, von Zeit zu Zeit Frauenversammlungen abzuhalten. Ist die Ortsgruppe oder Sektion hierzu allein nicht im Stande, dann soll es gemeinschaftlich mit den Zählstellen unserer christlichen Bruderverbände gemacht werden. Das Kartell kann die Sache arrangieren und eventuell eine Rednerin besorgen, die den Frauen und Mädchen ins Gewissen redet und sie anfeuert für den Gewerkschaftsgedanken. Diese Versammlungen brauchen sich absolut nicht nur auf die Frauen, Mütter und Schwägerinnen unserer Mitglieder zu beschränken. Nein, jede Frau oder Mädchen kann ihre Nachbarin oder Freundin, deren Mann, Bruder oder Bräutigam noch nicht unserem Verbands angehört, mitbringen. Schaden wird es niemals, wohl nutzen. Kollegen, vergeßt nie: Sind die Frauen überzeugt und begeistert, dann sind die Männer viel leichter zu gewinnen. Ist eine Mutter erst von der Notwendigkeit der Organisation durchdrungen, dann wird sie ihrem Sohn niemals Schwierigkeiten machen wegen seiner Zugehörigkeit, sondern ihn zum Beitritt und treuen Ausstehen ermuntern.

Kein Mittel dürfen wir unversucht lassen, um reges Leben zu entfalten. Beg mit den Klageleidern. Wo Leben herrscht, ist Geist, und wo Geist ist, da machen die Unternehmer nicht was sie wollen, sondern müssen den Wünschen und Beschwerden der Kollegen Rechnung tragen. Keiner darf abseits stehen, alle müssen wir mitarbeiten am weiteren Ausbau und Erstarren unseres christlichen Metallarbeiterverbandes, um unser Ziel, die Gleichberechtigung der Metallarbeiter auf allen Gebieten, und eine auskömmliche Existenz für alle Kollegen zu erreichen.

Die erste Etappe auf diesem Wege, die unser Rüstzeug stärken und schärfen soll, um Sieger zu bleiben, sind unsere Verbandsvereine...

### Handel und Handelspolitik

1.

„Unter Handelspolitik verstehe ich die Gesamtheit der Maßnahmen, mit denen die öffentliche Gewalt eine unmittelbare Einwirkung auf den Handel beabsichtigt.“ Diese Definition, die von dem berühmten Nationalökonom von der Borcht stammt, trifft unseres Erachtens am besten das Wesen der Handelspolitik.

Wie gewaltig die Ausdehnung des deutschen Eisenbahnnetzes sich entwickelt hat, zeigen deutlich folgende Zahlen, die den Veröffentlichungen des kaiserlichen statistischen Amtes entnommen sind: Die Bahnlänge betrug am Ende der Rechnungsjahre (März) 1880 33,645 Km.; 1885 37,189; 1890 41,818; 1895 45,203; 1900 49,878; 1905 54,680 und 1910 59,031 Km.

### Wie Eisen gemacht wird?

(Kochrohr verboten!)

Soll ein Hochofen in Betrieb gesetzt, „angeblasen“ werden, so wird er zuvor angewärmt, dieses erfolgt durch ein in demselben angelegtes Koksfeuer, welches ganz langsam einsetzt, um ein Reizen der Hochofenwände zu verhüten, die sich bei der Erwärmung ausdehnen müssen, zu verhüten. Das Anwärmen nimmt, je nach der Größe und Beschaffenheit des Ofens, oft mehrere Wochen in Anspruch, da das Feuer nur nach und nach verstärkt und erst zum Schluß durch Einschalten des Gebläses zur vollen Glut entzündet werden darf.

größten Bedeutung. Nach der Einigung des Deutschen Reiches erfuhr die Kohleindustrie bekanntlich einen gewaltigen Aufschwung — er ist in erster Linie auf den Ausbau des Eisenbahnnetzes zurückzuführen und auch jetzt noch spielen die Aufträge der Staatseisenbahnen eine große Rolle.

Die Bedeutung der Eisenbahnpolitik für den Handel und die Industrie geht aus den Leistungen hervor, welche unsere Eisenbahnen für sie ausgeführt haben. Denn, wenn in den folgenden Zahlen auch der Verkehr enthalten ist, der nicht lediglich unter den Begriff des Handelsverkehrs zu fassen ist, so geben sie doch ein deutliches Bild von der Entwicklung des Binnenhandels, denn der andere Güterverkehr ist verhältnismäßig unbedeutend.

Table with 2 columns: Year and Tonnage (Mill. Tonnen). Rows from 1889 to 1910 showing increasing tonnage from 165,162 to 575,930.

Im Ganzen betrachtet geben diese Zahlen die gewaltige Vermehrung des Güterverkehrs klar wieder. Zwar sind einzelne Rückschlüsse leicht erkennbar — so im Jahre 1901 und 1908; der Grund ist klar. Die Größe des Güterverkehrs ist von der Konjunkturmorphologie abhängig und die genannten Jahre waren solche wirtschaftlichen Niederganges.

Von besonderem Interesse dürfte es sein, festzustellen, in welchem Maße die Metallindustrie an der genannten Verkehrsvermehrung teilgenommen hat. Folgende, in der Statistik einzeln aufgeführten Gruppen sind in den folgenden Zahlen vereinigt: Roheisen aller Art, Luppen von Schmelzeisen usw.; Eisen- und Stahlbruch; Stab-, Form-, Bandeisen, Eisenbahnmaschinen und Zubehör; eiserne Eisenbahnschwellen; eiserne Achsen, Bandagen usw.; eiserne Dampfzylinder, Maschinen usw.; eiserne Röhren und Säulen; Eisen- und Stahlbraut; Eisen- und Stahlwaren, die nicht besonders genannt wurden.

Table with 2 columns: Year and Tonnage (Mill. Tonnen). Rows from 1881/85 to 1903 showing increasing tonnage from 6,476 to 20,418.

Daß bei dieser gewaltigen Entwicklung des Verkehrs in Produkten der Metallindustrie auch der an Eisenerzen eine starke Zunahme erfahren hat, ist eigentlich selbstverständlich. Er stieg in diesen allein vom Jahre 1901 bis 1910 von 9,857 auf 15,138 Mill. Tonnen.

Eine immer größere Aufmerksamkeit wendet die Ver-

schlechten Wärmeentwicklung und Holzkohle des hohen Preises wegen nicht mehr benutzt werden.

Die in den Hochofen eingebrachten Erze werden in dem oberen Teile desselben durch die von unten her aufsteigenden heißen Gase entwässert, gewissermaßen geröstet, und dann, allmählich tiefer sinkend, reduziert, d. h. in ihre Bestandteile zerlegt. Das dabei abgeschiedene Eisen nimmt von dem Koks Kohlenstoff auf und sammelt sich schließlich im unteren Teile des Ofens als glühflüssige Masse an.

Da die Verbrennungs- und Reduktionsvorgänge im Hochofen große Mengen Sauerstoff erfordern, welche durch natürlichen Zug kaum zu beschaffen sind (erfordert doch 1 Kilogramm Koks in jeder Minute etwa 1 Kubikmeter Sauerstoff, also 4-5 Kubikmeter atmosphärische Luft), so wird letzterer mittels besonderer Gebläsemaschinen zugebracht.

Lehrpolitik mit Recht den Wasserstraßen zu. Die älteste Verkehrsmittel ist für ein Land von außerordentlicher Bedeutung. Die Erfindung der Eisenbahn hat die Schifffahrt keineswegs überflüssig gemacht. Wo Gelegenheiten hierzu vorhanden ist, wird sie jener in vielen Fällen vorgezogen. Der Grund liegt in der Billigkeit, die der Wassertransport bietet. Seine Kosten berechnen sich nur auf einen Bruchteil der Eisenbahnfrachten.

Und der Erfolg dieses Zweiges der Verkehrspolitik? Die Zahl der Schiffe hat sich erheblich vermehrt. — 1877 zählte man am 31. Dezember 17 653, 1887 20 390, 1892 22 848, 1897 22 546, 1902 24 839, 1907 26 235. Wenn die Zahlen und ihre Vermehrung auf den ersten Blick nicht so bedeutend erscheinen, so rührt das von der großen Tragfähigkeit dieser Transportmittel her.

Die Menge der beförderten Güter betrug i. J. 1910 76,623 Mill. Tonnen, davon entfallen 42,295 Mill. auf den reinen Inlandsverkehr, der Rest auf den Auslandsverkehr — Versand und Empfang von Waren. Aus leicht begreiflichen, hier nicht weiter auszuführenden Gründen nimmt die Rolle von allen Waren in der Benutzung der Binnen-schiffahrtsstraßen bei weitem den größeren Raum ein.

### Die Hirsch-Dunderschen und die Religion

Die wiederholt öffentlich festgestellte Tatsache, daß die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften politisch freisinnig und in religiöser Beziehung freidenkerisch sind, hat diese Leute arg verschmutzt. Wiberlagen können sie dieses nicht, ja sie versuchen es nicht einmal.

hiser, das sind mit feuerfestem Material ausgefachte Türme, die einen großen Teil der Hitze aufspeichern. Ist ein Turm auf diese Weise 2 Stunden geheizt, so werden die Gase ab und einem anderen Turm zugeführt, während man durch speicherte Wärme absorbiert, sodaß sie in stark erhitztem Zustand in den Hochofen gelangt. Hat nach 2 Stunden der Turm seine Wärme an die Luft abgegeben, so wird diese ab und das Gas wieder angestellt.

Welch großartigen Erfolg das Erhitzen der Gebläseluft bedeutet, erhellt am besten daraus, daß früher zur Erzeugung von je einer Tonne Roheisen 8 bis 10 Tonnen Koks erforderlich waren, während jetzt bei Vorwärmung der Luft auf etwa 900 Grad nur noch eine Tonne Koks pro Tonne Eisen gebraucht wird! In gleichem Maße ist auch die Leistungsfähigkeit der Ofen gesteigert worden, wozu allerdings auch noch sonstige Verbesserungen in der Gestaltung der Hochofen und deren Betrieb beigetragen haben.

Ein normaler Hochofen neuerzeitlicher Einrichtung produziert in 24 Stunden 200 bis 300 Tonnen Roheisen. Allerdings hat man in den letzten Jahren, namentlich auf amerikanischen Werken, Hochofen gebaut, welche es auf Tagesleistungen von 800 bis 900 Tonnen bringen.

Um sich Luft zu machen, suchen sie jetzt in allen möglichen trüben Quellen nach Material gegen die Christlichen. Als Resultat ihrer langen Suche präsentiert jetzt der „Regulator“ (Nr. 24) eine wirklich rohe und ungezogene Leistung, die ein katholisches Arbeitervereinsmitglied aus Lobberich, das auch christlicher Gewerkschafter ist, über den Papst gemacht hat, während seiner letzten Krankheit.

Dieser Einzelfall benutzt der „Regulator“ zu einer Verdächtigung der christlichen Gewerkschaften und fragt mit pharisäerhaftem Augenaufschlag, ob nun die ganze christliche Gewerkschaftsbewegung als religionsfeindlich dahingestellt werden würde, weil dieses Mitglied der Christlichen sich beratt geäußert habe.

Wir können dem „Regulator“ im Vertrauen verraten, daß dieses außerhalb der rosa-, gelb- und knallroten Grenzpfähle nicht der Fall sein wird, und zwar deswegen nicht, weil dieser Einzelfall absolut nichts beweist gegen die religiös einwandfreie Haltung der christlichen Gewerkschaften.

Am treffendsten kennzeichnete die „Augsburger Postzeitung“ (Nr. 263, 1913) die Situation, als sie auf einen Versuch den Fall heftig auszubekunden, folgende Antwort gab:

„Ein Arbeiter aus Lobberich bei Krefeld, Vorstandsmitglied des katholischen Arbeitervereins und der christlichen Gewerkschaften hatte anlässlich der letzten Krankheit des Hl. Vaters in aufergewöhnlich roher Form einen schon an sich ebenso aufergewöhnlich rohen Wunsch geäußert, der das Gegenteil von dem besagte, was anständiger und auch nur anständig sein und scheinen wollende Menschen, unbekümmert um Lager und Anschauung, einem Kranken wünschen, es war das eine Ausschreitung, für die es ebenso wenig eine Entschuldigung geben kann wie es unter anständigen Menschen einen Streit über ihren Charakter geben kann. Das vorausgesetzt, hätte es unserer Ansicht nach genügt, wenn dem Schuldigen so deutlich und gründlich wie möglich von zuständiger Seite der Text gelesen wurde, damit er in Ordnung brachte, was in Unordnung war und die schier ungläubige Leistung verschuldet hat. Zu einer öffentlichen Angelegenheit aber brauchte auch der beste Katholik diese Sache nicht zu stampeln. Daß ein sozialdemokratisches Blatt, als es davon erfuhr, sie der Öffentlichkeit übergeben ist durchaus begreiflich. Verständlich ist auch, wenigstens auf Grund seiner Eigenart, daß das Organ des Grafen Doppersdorff daraus Kapital gegen die „Röhner“ zu schlagen suchte. Zu einer Hezerei in diesem Sinne ist ja der Vorfall schließlich nicht schlechter wie andere, die diesem Organ dazu gut genug schienen, wenn sicher auch nur ganz, ganz wenig glauben werden, daß die berufliche Notwendigkeit den Bestimmungen der Mehrzahl der deutschen Katholiken entspricht. Man kennt ja die Leute, die ihren Zwecken damit dienen wollen, daß sie wirkliche oder erlogene Vergehen einzelner Geistlichen in alle Welt hinausstreuen. Genau soviel aber wie ein solcher Einzelfall gegen die Moral der Geistlichkeit und die kath. Moral überhaupt, beweist der Lobbericher gegen die Röhner.“

Ebenso wenig möchten wir anfügen, hat dieser Einzelfall irgendeine Bedeutung gegen die religiöse Neutralität der christlichen Gewerkschaften.

Un sich ist es schon charakteristisch, und für die Güte der eigenen Sache äußerst bedenklich, daß sich die Hirsche Arm in Arm mit Sozialdemokraten und Quertreibern gegen die Christlichen zusammenschließen. Hinzu kommt, daß die Hirsche statt die gekennzeichnete Pharisäerrolle zu spielen, lieber vor ihrer eigenen Tür kehren sollten. Da liegen Hausen von Dresden der Hirsch-Dunderschen Presse wimmelt es von religionsfeindlichen Ergüssen, wie sie schärfer und roher auch von den Freidenkern nicht gemacht werden. Dafür einige Stichproben.

Der sich jetzt künstlich entfaltende „Regulator“ druckte zur Zeit einen Artikel aus dem freidenkerischen „Freien Wort“ nach, in dem es hieß:

„Eine neue sozialdemokratische Kirche hat sich gebildet, welche die Interessen der Arbeiter nach der uns so vertrauten und auch so verhassten Methode der römisch-katholischen Kirche zu vertreten sucht, und alle Gegner eines jeden Klerikalismus, mag dieser von der Theokratie der jüdischen Hohenpriester in Jerusalem, von den Samas im Libet, vom Unsehnbaren in Rom oder von Karl Marx ausgehen, verschütten ihr Haupt und wenden sich schamlos ab. Obwohl viele Prophezeiungen von Karl Marx ebenso wenig eingetroffen sind wie die Prophezeiungen Jesu über den Untergang der Welt, hält die Sozialdemokratie immer noch an ihnen fest.“

Der „Mitteldeutsche Kurier“, ebenfalls ein offizielles Hirschensblatt, das vom Vorsitzenden des Hirsch-Dunderschen Bauarbeiterverbandes redigiert wird, leistete sich folgende fanatische unglücklich rohe und ungezogene Anrempelung der Geistlichkeit beider Konfessionen:

„Wenn ich einmal der Herrgott wär,  
Mein erstes wäre das:  
Ich nähme alle Pfaffen her  
Und machte daraus Gas;  
Mit diesem Gas erleuchtet ich  
Das ganze Firmament,  
Dann wär's mit aller Finsternis  
Auf dieser Welt zu End!“

Daß die Hirsch-Dunderschen unterwürdig gegen die Religion wüten, beweist ein Artikel, den das Blatt der Hirsch-Dunderschen Tabakarbeiter (Nr. 21, 1912) aus dem Organ der Hirsch-Dunderschen Fabrik- und Handarbeiter nachdruckte, weil es ein so schöner Artikel sei, in welchem es unter anderem heißt:

„Derselbe wüßte Belotengeist, wie er der katholischen Kirche eigen, hat auch in der evangelischen Kirche Eingang gehalten; das Mädelertum beherrscht sie.“

„Wer sich nicht heute noch zu den Glaubenssätzen Luthers bekennt, die dieser vor 400 Jahren als evangelische Wahrheit verkündete, der wird vom hohen Oberkirchenrat geächtet und des geistlichen Lehramtes für unwürdig erklärt.“

„Ihr habt nur auf das Apokalyptikum zu schwören, und das Denken euch abzugewöhnen! Das ist der Rechtspruch der Kirchenspäuler von heute, die in dem Augustinermönch Dr. Martin Luther den evangelischen Papst verehren.“

„Nicht in die Köpfe! Dem hellen Himmel kommt kein Jesus zu nahe; denn Nachtfalter scheuen das Licht, auch die Beloten im Oberkirchenrat nötigen ihm höchstens ein Lächeln ab.“

So, das sind einige Proben davon, wie die Hirsche zur Religion stehen, die wir beliebig ergänzen können. Dieser durch und durch freidenkerischen Gesellschaft steht es an, den Splitterrichter zu spielen.

Diese offenkundigen Gehässigkeiten gegen die Religion zurückzuweisen, ist dem „Regulator“ nie eingefallen. Wie könnte er auch, sind doch die Hirsche ihrer ganzen Verfassung nach freidenkerisch. Das beweist der „Regulator“ auch selbst. In

seiner Nr. 16 nennt ein Tr. (anscheinend der Generalrat Trabert) die Vorwürfe, welche den Hirschen wegen ihrer gehässigen Zielung zur Religion gemacht werden, „Alle Sabbenhäter“ und „Konjules Zeug“.

Es bleibt also dabei, die Hirsche versuchen, wo sie können, Religion und Geistliche herunterzureißen. Eine solche Gesellschaft hat das Recht verwickelt über andere den Stab zu brechen. Mögen sie gefälligst vor ihrer eigenen Türe stehen. Und legt mag der „Regulator“ weiter helfen, uns soll es nicht kümmern. Unsere Kollegen aber mögen den Hirsch-Dunderschen „Wadenbeißern“ überall die ihnen gebührende Abfertigung zu Teil werden lassen.

### Eine Bewegung auf den deutschen Seeschiffswerften.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaften haben, wie das „Hamburger Echo“ am 17. Juni berichtet, natürlich unter Führung des „Deutschen“ Metallarbeiterverbandes, auf den Seeschiffswerften eine Bewegung eingeleitet. Das „Wesentliche der Forderungen“, die am 17. Juni den Werften eingereicht sein sollen, werden von dem genannten sozialdemokratischen Blatt zusammengefaßt wie folgt wiedergegeben:

„Die tägliche Arbeitszeit soll 9, an den Sonnabenden in Hamburg 7 und auf den Werften an anderen Orten 8 Stunden betragen. Bis jetzt besteht noch auf den Hamburger Werften die fünfundsünfzigstündige Arbeitszeit, auf den anderen Werften die sechsundsünfzigstündige wöchentliche Arbeitszeit. An den Tagen vor den hohen Festen soll eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit eintreten.“

Eine nach den örtlichen Verhältnissen bemessene Erhöhung der Einstellungs-löhne bis 8 Pfg. pro Stunde. Die Erhöhung ist einschließlich des Lohnausgleichs für Verkürzung der Arbeitszeit gedacht. Festsetzung der Einstellungs-löhne für Minderjährige. Der Einstellungslohn soll nur vorübergehend in Anwendung kommen, deshalb soll nach vierwöchentlicher Beschäftigung die Erhöhung und Festsetzung des eigentlichen Lohnes mit dem Arbeiter vereinbart werden.

Der Betrag, um den der Stundenlohn erhöht werden soll, ist ebenfalls nach den örtlichen Verhältnissen bemessen und schließt auch den Ausgleich des Lohnes für Verkürzung der Arbeitszeit in sich. Die verlangte Erhöhung bewegt sich bis zu 7 Pfg. pro Stunde.

Die Entschädigung für Überzeitarbeit ist heute sehr verschieden, deshalb wird die gewünschte Regelung unter Anlehnung an die bestehenden Verhältnisse vorgeschlagen. Ähnlich verhält es sich bezüglich der Nacharbeit und der Wechselschicht, letztere findet in einzelnen Abteilungen der Großbetriebe immer mehr Eingang und soll eine entsprechende Regelung erfahren.

Bezüglich der Akkordarbeit gehen die Vorschläge dahin, daß es dem Arbeiter ermöglicht wird, unter den gegebenen Verhältnissen auch einen angemessenen Akkordüberschuß erzielen zu können. Wenn der Akkord zu niedrig kalkuliert ist, soll dem Arbeiter ein Einspruchsrecht zustehen. Für entstehende Differenzfälle soll eine Erleichterung geschaffen werden, daß durch Kommissionen eine unparteiische Entscheidung herbeigeführt wird. Desgleichen soll dem Arbeiter bei nicht festgelegten oder unübersichtlichen Akkorden ein in den Vorschlägen näher bestimmter Ueberverdienst werden. Die Akkorde sollen nicht aus reiner Preisdrückerei herabgesetzt und der Ueberverdienst soll für jeden Akkord besonders berechnet und ausbezahlt werden. Die langfristigen Akkorde sollen geteilt und wo dies nicht möglich ist, soll alle 14 Tage eine Abschlagszahlung von der Akkordsumme in bestimmter Höhe zum Lohn ausbezahlt werden. Bei Lösung des Arbeitsverhältnisses soll dem Arbeiter sein volles Anrecht auf den verdienten Ueberzuschuß der noch unvollendeten Akkordarbeit verbleiben.

Die weiteren Punkte in den Forderungen besagen, daß die Lohnzahlung am Schluß der Arbeitszeit beendet sein soll und daß den Arbeitern das erforderliche Werkzeug von der Werft geliefert werde. Bezüglich der Arbeiterauskünfte wird verlangt, daß die Mitglieder derselben von den im Betriebe beschäftigten großjährigen Arbeitern nach der Verhältniswahl gewählt und daß alle großjährigen Arbeiter wählbar sind ohne Rücksicht auf die Dauer der Beschäftigung.

Den Einrichtungen zum Schutz von Gesundheit und Leben wird ebenfalls in den Forderungen besondere Aufmerksamkeit zugewendet. Die Unfallgefahr ist im modernen Schiffbau in der Tat recht groß; das Ergehen der Arbeiter, daß ihnen das Recht zugestanden werde, Vorschläge für die erforderlichen Einrichtungen zu machen, ist durch die verschiedenen Vorfälle begründet.

Schließlich wünschen die Arbeiter auch einen Ferienurlaub unter Fortzahlung des Lohnes. Es ist wohl das erste Mal, daß die Werftarbeiter mit dieser letztgenannten Forderung an die Unternehmer herantreten, sie ist durchaus zeitgemäß. Der heutige Arbeitsprozeß nimmt den ganzen Menschen aufs äußerste in Anspruch, deshalb ist dem Arbeiter mindestens ebenso gut wie jedem andern Menschen einmal im Jahre eine Frist zu gönnen, in der er sich erholen kann. Die Einrichtung ist ja übrigens keine Neuerung mehr, in vielen Staats- und Privatbetrieben hat sie bereits Eingang gefunden.“

Es ist ganz entschieden zu tabeln, daß der sozialdemokratische Metallarbeiterverband eine Bewegung mit solchen Forderungen, die zu weitgehenden Konsequenzen führen kann, wieder einseitig inszeniert hat. Anzeichen hat man im sozialdemokratischen Lager, aus der Werftarbeiterbewegung 1910, die beinahe eine Generalausperrung der deutschen Metallarbeiter im Gefolge hatte, nichts gelernt. Damals kam eine Einigung auf den Seeschiffswerften und die Vermeidung der Aussperrung erst durch den Druck der Öffentlichkeit und nach Zuziehung der übrigen Organisationsrichtungen zustande.

Gewerkschaften organisierten evangelischen Arbeiter aus ca. 170 Orten des rheinisch-westfälischen Industriegebietes im Riegersheim in Essen versammelt.

Gewerkschaftssekretär Schlabach-Dortmund eröffnete die Konferenz mit einer Würdigung des Kaiserjubiläums vom Arbeiterstandpunkte aus. Unter stürmischem Beifall der Versammlung wies er die gerade in dieser erhabenden Zeit nationalen Gedankens fast täglich erfolgenden unwahrscheinlichen, verhassten Angriffe sozialdemokratischer Zeitungen und Personen auf unseren Kaiser zurück. Die Arbeiterbewegung habe allen Grund, mit Liebe und Verehrung zu Kaiser Wilhelm emporzuhallen, dessen Februarerlasse vom Jahre 1890 echt sozialen Geist atmen. „Wir christlich-nationalen Arbeiter stehen unerschütterlich zu unserem Kaiser. Wir halten ihm die Treue in guten wie in bösen Tagen.“ Zur Bekräftigung dieses Gelöbnisses brachte die städtische Versammlung ein dreimaliges donnerndes Hoch auf Kaiser Wilhelm II. aus.

Ueber die evangelische Arbeiterbewegung und die gewerkschaftlichen Kämpfe der Gegenwart“ hielt dann Gewerkschaftssekretär Meyer-Essen einen längeren Vortrag. Der Redner begründete ausführlich die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit der Mitarbeit der evangelischen Arbeiter in den christlich-nationalen Gewerkschaften. Eine andere Gewerkschaftsrichtung komme für bewußt evangelische Arbeiter nicht in Frage. Ebenso notwendig wie die Mitarbeit in den christlichen Gewerkschaften sei aber auch die Betätigung in den konfessionellen Arbeitervereinen. Jeder evangelische christliche Gewerkschafter müsse Mitglied eines evangelischen Arbeitervereins sein und durch praktische Mitarbeit seinen Einfluß geltend machen, damit die einzelnen Vereine im Sinne der wiederholt gefaßten Beschlüsse geleitet würden, die eine Waffenbrüderschaft mit den christlichen Gewerkschaften und gegenseitige Förderung beinhalten. Das Hand-in-Handarbeiten beider Organisationen sei gegenwärtig umso wichtiger, als der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung in den gelben Gewerkschaften ein neuer, Gegner erstanden sei. Infolge der ihnen zur Verfügung stehenden Finanzkraft und der wirtschaftlichen Macht dieser Arbeitgeber sei es den Werkvereinen vielfach möglich, christlich-nationalen Arbeitern und evangelischen Arbeitervereinen Schutzleistungen zu bereiten. Diese Möglichkeit hätten die Gelben bereits so nachhaltig ausgenutzt, daß die rheinisch-westfälischen evangelischen Arbeitervereine sich veranlaßt gesehen hätten, Abwehrmaßnahmen zu ergreifen. Es liege bereits der Beschluß vor, daß gelbe Wertvereiner, die als Mitglieder von evangelischen Arbeitervereinen in den Vereinen für die gelbe Bewegung agitieren oder öffentlich gegen Beschlüsse und Kundgebungen der evangelischen Arbeitervereine Stellung nehmen, ausgeschlossen werden. In diesem Abwehrkampfe der evangelischen Arbeitervereine müsse jeder evangelische christliche Gewerkschafter seiner Mann stehen. Der Redner gab im Laufe seiner Darlegungen folgende Aufstellung über die Beiträge der Werksbetriebe zu den Kassen der gelben Vereine bekannt, wobei er betonte, daß nur ein Teil der Werksbeiträge sei, da viele Vereine die ihnen vom Unternehmer geschenkten Summen nicht nennen. Es erhielten die Wertvereine von:

Möhlings-Wöllfing	50 885 Mk
Chemische Fabrik Hönningen	3 000 "
Körtingsdorfer Werke	20 000 "
Hurbacher Hütte	31 412 "
Schulzfabrik Wetzlar, Augsburg seit 1907	15 000 "
Wert Augsburg 1905	140 000 "
	104 455 "
Grülbauer Stanz- und Emailierwerk F. C. Bellinger	10 000 "
Vorgellansfabrik Weiden F. C. Bellinger	3 000 "
Gebr. Baumann, Amberg	10 000 "
Boith, Heidenheim	125 000 "
Summa	512 702 Mk

Mit der Mahnung zu unermüdlicher Weiterarbeit schloß Kollege Meyer seine Ausführungen, für die er den lebhaftesten Beifall erntete. Im Anschluß daran wurde nachstehende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die heute im Riegersheim zu Essen tagende, von über 500 Personen besuchte Vertreterkonferenz evangelischer christlich-nationaler Arbeiter spricht dem rheinisch-westfälischen Verband evangelischer Arbeitervereine ihren Dank und Anerkennung aus für die tapfere Haltung gegenüber der gelben Bewegung.“

Die Vertreter geloben, dahin zu wirken, daß sich alle evangelischen Kollegen der christlich-nationalen Gewerkschaften den evangelischen Arbeitervereinen anschließen und letztere im Kampfe gegen die gelben Wertvereine aufs nachhaltigste unterstützen.

An die auf christlich-nationalem Boden stehenden evangelischen Berufscollegen richtet die Konferenz den Appell, sich soweit es noch nicht geschehen ist, den Christlich-nationalen Gewerkschaften anzuschließen, weil gegenüber der geschlossenen sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung nur eine einheitliche geschlossene christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung sich durchzusetzen und die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter wahrzunehmen vermag.

Die gelben Wertvereine können wegen ihrer Abhängigkeit und Unselbständigkeit, aber auch aus sittlich-religiösen sozialwirtschaftlichen und nationalen Gründen nicht als Interessenvertretung einer selbstbewußten und charakterfesten Arbeiterbewegung angesehen werden.“

An der lebhaftesten Diskussion beteiligten sich u. a. die Vertreter Michaelis-Hochum, Brack-Buer, Aussen-Mellinghausen, Sillensbrandt-Menden, Müller-Schweine, van Schuie-Düffelbort, Gewerkschaftssekretär Baltruß-Sölln und Reichstagsabgeordneter Wehren-Essen. Letzterer erklärte, daß durch das Entstehen der gelben Bewegung der nationale Gedanke in der Arbeiterbewegung schwer geschädigt worden sei. Ferner wies Abg. Behrens auf die Notwendigkeit und Wichtigkeit der Jugendarbeit in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung hin.

Nach einem kurzen Schlußwort des Gewerkschaftssekretärs Meyer und einem begeisterten Hoch auf die christlich-nationale Arbeiterbewegung wurde die Konferenz geschlossen.

### An die christlich-nationalen Gewerbevereinsmitglieder, sowie an die Funktionäre und Vorstände der Kartelle und Zahlstellen.

Am 18., 19. und 20. September 1913 findet in Leipzig im Theatersaal des Rathhalls-Balstes, Wintergartenstr. 17, die Verbandversammlung des Verbandes deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte statt. Die reichhaltige und interessante Tagesordnung lautet: 1. Geschäftsbericht. 2. Die Gesetzgebung über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage. Referent: Dr. Brenner-München. 3. Die Literatur über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage. Referent: Dr. Baum-Schöneberg. 4. Die Rechtsprechung über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage.

### Allgemeine Rundschau.

#### 1. Westdeutsche Konferenz evangelischer Arbeiter.

Um Stellung zu nehmen zu den neuerdings heftig entbrannten Kämpfen um die gewerkschaftliche Organisation der evangelischen Arbeiterbewegung, hatten sich am 22. Juni über 500 Vertreter der in den christlichen

Referent: Dr. Walbmüller-Stuttgart. 5. Grundgedanken und Möglichkeiten eines einheitlichen Arbeitsrechtes für Deutschland. Referent: Dr. Einzheimer-Frankfurt a. M., 6. Aufrechterhaltung und Beschleunigung des Arbeitsprozesses. Referent: Dr. Hüller-Frankfurt a. M., 7. Die zivilprozessuale Bedeutung der Schiedsprüche, der Einigungsämter und tariflichen Schiedsgerichte. Referent: v. Schulz-Berlin. 8. Die Bedeutung und Feststellung der Ortsgerichte vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten. Referent: Fritz Mantel-Leipzig und Gronowaldb-Berlin. 9. Die Vertretung vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten. Referent: Dr. Wagner-München und Rechtsanwalt Busch-Blabach.

Die Verbandsversammlung soll vorwiegend dem freien geistigen Austausch von Erfahrungen und zur Belehrung dienen. Auch die Beiführer solcher Gewerbegerichte, die nicht Verbandsmitglieder sind, sind willkommen. Wir empfehlen den Gewerbegerichtsbeisitzern, die auf christlich-nationalen Boden stehen, den Besuch der Tagung. Ferner bitten wir die Gewerbegerichtsbeisitzer, an die Gemeindeverwaltungen, welche für ihre Gewerbegerichte zuständig sind, heranzutreten, zwecks Uebernahme der Delegationskosten nach Leipzig. Die Gemeinden haben solche Kosten in den meisten Fällen freiwillig übernommen. Wo dieses nicht der Fall sein sollte, oder der Betrag nicht ausreicht, müssen die Gewerkschaftskartelle, die Lokalkassen einspringen und ihren Gewerbegerichtsbeisitzern den Besuch ermöglichen. Wegen Beschaffung von Logis mögen sich die Kollegen an den Vorsitzenden des Leipziger christlichen Gewerkschaftskartells, Arbeitersekretär Fritz Knollmann, Leipzig, Czernaßgasse 9 II. wenden. Das Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften möchte, bei dieser Gelegenheit gerne die christlich-nationalen Gewerbegerichtsbeisitzer vorher zu einer Konferenz vereinigen, um mit ihnen mehr noch als bisher in Fühlung zu kommen und um ihnen gleichzeitig von einem Fachmann einen aktuellen Vortrag halten zu lassen. Die vor dem Verbandstag stattfindende Konferenz aller christlich-nationalen Beisitzer findet am 17. September, nachmittags 2,30 Uhr statt. Tagesordnung und Lokal wird den Kollegen noch bekannt gegeben. Wir bitten nun unsere Gewerbegerichtsbeisitzer, die teilnehmen wollen, sich baldmöglichst unter Angabe ihrer genauen Adresse am Generalsekretariat zu melden, damit ihnen alles Nähere mitgeteilt werden kann. Ebenso werden die Funktionäre, Kartell- und Zahlstellenvorstände gebeten, ihre Gewerbegerichtsbeisitzer auf die Tagung aufmerksam zu machen und ihre Anmeldung an das Generalsekretariat zu veranlassen.

Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften.  
Cöln, Venloerwall 9II.

**Die 7. Generalversammlung des christlichen Lederarbeiter-Verbandes**

Am Mitte Juni in Offenbach statt. Die Generalversammlung besaßte sich mit einer Neuregelung des Beitrags- und Unterstützungswesens, Agitation, Lohnbewegungen und dem Hausarbeitsgesetz, worüber besondere Referate erstattet wurden. Laut Geschäftsbericht hat der Verband in der Berichtsperiode seine Mitgliederzahl von 5107 auf 5988 gesteigert; zur Zeit beträgt die Mitgliederzahl 6500. Die Einnahmen betragen 296 641 Mk., denen eine Ausgabe von 224 298 Mk. gegenübersteht. Von den Ausgaben entfallen rund 90 000 Mark auf Unterhaltungen. Einschließlich der Lokalkassen beträgt das Vermögen 88 207 Mark. In der Berichtszeit wurden 99 Lohnbewegungen geführt mit 2728 beteiligten Verbandsmitgliedern. Der christliche Lederarbeiterverband ist an 43 Tarifverträgen beteiligt. Für die beteiligten Mitglieder wurden Lohnhöhungen erzielt im Betrag von zusammen 173 639 Mark pro Jahr, ferner Arbeitszeitverkürzungen von 102 024 Stunden. Pro Mitglied macht das im Durchschnitt 74 Mark Lohnhöhung und 123 Stunden Arbeitszeitverkürzung im Jahr aus, außer den vielen sonstigen Verbesserungen, die durch die Tätigkeit der Organisation erreicht werden konnten.

**Der Verband Westdeutscher Konsumvereine**

hat auch im Jahre 1912 eine erfreuliche Entwicklung genommen. Im Laufe des Jahres sind 36 Konsumvereine neu beigetreten, ausgetreten sind 8, wovon sich 5 mit anderen Verbandsvereinen verschmolzen haben. Am Jahreschlusse waren vorhanden 131 Vereine mit 97 606 Mitgliedern. Die Mitgliederzahl weist für 1912 eine Zunahme von 21 604 oder 28,4 Proz. auf.

Der Umsatz im eigenen Geschäft betrug im Jahre 1911 Mark 23 329 966, dagegen im Jahre 1912 Mark 32 183 758,03. Der Mehrumsatz beträgt Mark 8 853 792,03 oder 37,8 Prozent. Der Umsatz im Lieferantengeschäft stieg nur um 12,8 Proz., eine Steigerung, die in den nächsten Jahren wohl noch mehr zurückgehen wird, da das Lieferantengeschäft von den Konsumvereinen nur als notwendiges Übel betrachtet wird. Der Umsatz desselben betrug 1911 Mark 3 773 911 und im Jahre 1912 Mark 4 256 077,35, also mehr Mark 482 166,35.

Der Gesamtumsatz betrug demnach 1911 Mark 27 103 877, dagegen 1912 Mark 36 439 835,38. Der Mehrumsatz erreicht also die respektable Höhe von Mark 9 335 958,38, gleich 34,4 Prozent. In dem Umfange ist wie im Vorjahre auch derjenige der Groß-Einkaufs-Zentrale mit eingerechnet, weil diese ja auch als genossenschaftliches Unternehmen dem Verbande angehört.

Eigenproduktion betrieben 5 Vereine. 3 besitzen Bäckereien, 2 Metzgereien. 2 Verbandsgenossenschaften sind reine Produktionsgenossenschaften. 1 Verein betreibt Druckerz und eine Gewerkschaft Zigarrenfabrikation. Die Höhe des Umsatzes der Eigenproduktionsbetriebe beträgt Mark 1 892 342,72. Dieser Betrag erscheint zum Gesamtumsatz noch recht bescheiden, doch dürfte sich im laufenden Jahre dieses Verhältnis wesentlich ändern, da in der Eigenproduktion erhebliche Fortschritte von den Verbandsvereinen gemacht werden. Die Zahl der beschäftigten Personen betrug 1397, davon 1005 weibliche und 392 männliche. Der Ueberfluß der Verbandsvereine erreichte die Höhe von 943 391 Mark. Hieron wurden 678 780 Mark auf den Einkauf der Mitglieder zurückgeführt. Außerdem erhielten die Mitglieder den festgesetzten Rabatt in Höhe von Mark 1 679 203,57. Die gesamte Rückvergütung betrug demnach Mark 2 457 984.

Das Organ „Der Konsumverein“ wurde am 1. Januar 1913 in 33 271 Exemplaren bezogen, welche Zahl sich mittlerweile auf 42 376 erhöht hat. Die Konsumgenossenschaftliche Praxis hat eine Auflage von 1450 am 31. Dezember 1912. Auch diese Zahl ist mittlerweile auf 1609 gestiegen.

Im Laufe des Berichtsjahres wurde die Groß-Einkaufs-Zentrale westdeutscher Konsumvereine gegründet. Diese nahm mit dem 1. Juli ihre Tätigkeit auf. Während der Monat Juli einen Umsatz von Mark 309 826 verzeichnete, wurden im Dezember schon Mark 679 836 erreicht. Der Gesamtumsatz in den 6 Monaten betrug Mark 3 185 828, ein guter

Anfang, der wenn die Vereine ihrer eigenen Sache trenn bleiben, zu den besten Hoffnungen in der Zukunft berechtigt.

Damit hätten wir kurz die Erfolge dargelegt, welche der Verband westdeutscher Konsumvereine ziffernmäßig im Jahre 1912 aufzuweisen hat.

Mit Rücksicht auf die zahlreichen Schwierigkeiten, welche der Genossenschaftsbewegung gemacht werden, kann der Westdeutsche Verband mit seiner Entwidlung im Jahre 1912 wohl zufrieden sein. In diesen Erfolgen aber liegt auch die Gewähr für weiteres erfolgreiches Arbeiten in der Zukunft; man darf ruhig sagen, der Genossenschaftsgebäude marschierte in den christlichen Arbeiterkreisen.

**Das Ende einer sozialdemokratischen Lüge.**

Während der Bergarbeiterbewegung im Saarrevier veröffentlichte die „Frankfurter Zeitung“ eine Zuschrift aus Gewerkschaftskreisen (Wer denkt da nicht an Otto Hue) in der gesagt wurde, die Bewegung sei eine von den „Christen inszenierte Komödie“.

Der Zweck sei augenscheinlich, angesichts des gescheiterten Vertrauens der Saarbergleute zum christlichen Gewerkschaftsverband, das sich bereits in einer starken Mitgliederflucht bemerkbar gemacht habe, irgend etwas zu unternehmen. In Wirklichkeit hätte der Gewerkschaftsverband christlicher Bergarbeiter bereits schon früher dem Staatssekretär Delbrück das Versprechen abgegeben, an der Saar auf das Streikrecht zu verzichten.

Wegen dieser Verbündigungen und unwahren Behauptungen strengte der Vorstand des Gewerkschaftsverbandes gegen den verantwortlichen Redakteur der „Frankf. Btg.“ Beleidigungsklage an, die am 27. Mai vor dem Schöffengericht in Essen zur Verhandlung stand. Der Beklagte ließ durch seinen Verteidiger erklären, daß von vornherein darauf verzichtet würde, den Wahrheitsbeweis anzutreten! Einmal weil die unwahren Behauptungen nicht bewiesen werden konnten schreibt der „Vergnapp“, und zum anderen weil damit ein prozessualer Grund gegeben war, die vom Gewerkschaftsverband beantragte Vernehmung des Staatssekretärs Delbrück zu verhindern.

Rechtsanwalt Dr. Wallach II, der die Klage vertrat, bemühte sich, die Vernehmung des Staatssekretärs Delbrück als Zeugen zu erreichen. Da ja der Beklagte auf den Wahrheitsbeweis verzichtet habe, könne man über die prozessuale Zulässigkeit des Antrages im Zweifel sein, er halte es aber im Interesse der Kläger für notwendig, damit endlich einmal durch Delbrück selbst, das Märchen von dem Streikverzicht, aus der Welt geschafft würde. Das Gericht lehnte den Antrag ab, da nicht im geringsten versucht würde, den Wahrheitsbeweis zu erbringen. Der gegnerische Anwalt nahm für seinen Mandanten den Schutz des Paragr. 193 in Anspruch, weil er von dem Einberufen des Berichtes um Aufnahme ersucht worden sei. Das Urteil lautete auf 50 Mark Geldstrafe und auf Publikationsbefugnis in der „Frankfurter Btg.“ und dem „Vergnapp“.

Durch den Prozeß ist also wieder einmal einer sozialdemokratischen Lüge gründlich der Hals umgedreht. Die Redaktion der „Frankf. Btg.“ wird in Zukunft wohl etwas vorsichtiger sein, und sich so leicht nicht wieder ein Ruderkreis ins Nest legen lassen.

**Hirsch-Dunderische Gewerkschaft oder liberaler Arbeiterverein.**

Am den Senat der freien und Hansestadt Lübeck wurde kürzlich von Arbeiterseite eine Eingabe gerichtet, worin um die Errichtung einer kommunalen paritätischen Arbeitsnachweisanstalt gebeten wird. Sonderbar ist, wie seitens der Betenden Hirsch-Dunderische Gewerkschaft und liberaler Arbeiterverein vermengt werden. Auf Seite 3 der Eingabe heißt es:

„Der Verein liberaler Arbeiter und Angestellten für Lübeck und Umgegend (der Ortsverband der deutschen Gewerksvereine Hirsch-Dunder) richtet deshalb als Mitunterzeichner auf bürgerlicher Grundlage stehenden Arbeiter- und Angestelltenrat die dringende Bitte an den hohen Senat . . .“ usw. Am Schluß der Eingabe, Seite 4, heißt es noch einmal: „Der Verein liberaler Arbeiter und Angestellten für Lübeck und Umgegend (der Ortsverband der deutschen Gewerksvereine Hirsch-Dunder) in Lübeck hofft nach diesen Darlegungen zuversichtlich darauf, daß seiner Bitte seitens des hohen Senats geneigtest entprochen wird.“

Die Fassung dieser Eingabe läßt keinen anderen Schluß zu, als daß sich die Hirsch-Dunderischen Gewerksvereine in Lübeck nur als eine Unterabteilung, als ein Anhängel des Vereins liberaler Arbeiter und Angestellten betrachten. Ein neuer Beweis für die parteipolitische „Neutralität“ der Hirsch-Dunderischen Gewerksvereinsrichtung.

**Streits und Lohnbewegungen.**

**Tarifabschluß im Danziger Klempnergewerbe**

Die seit dem 1. April d. J. schwebenden Verhandlungen für das Klempner-, Installations- und Heizungsgewerbe sind am 10. Juni erfolgreich zu Ende geführt worden. Die Arbeiterschaft kann mit dem Erfolg zufrieden sein, zumal der Abschluß durch friedliche Verhandlungen zustande gekommen ist. Die Gehülfenschaft rechnete, als am 19. Mai d. J. die Verhandlungen von den Arbeitgebern abgebrochen wurden, mit einer Aussperrung infolge der Einmütigkeit der sozialdenkenden Arbeitgeber innerhalb des Arbeitgeberverbandes gelang der Abschluß des Vertrages ohne Kampf. Der Tarif wurde abgeschlossen zwischen dem Arbeitgeberverband der Klempnereien und einschlägiger Gewerbe von Danzig und Umgegend und der hiesigen Klempner-Zunftung einerseits und dem Christlichen Metallarbeiterverbandes andererseits.

Die tägliche Arbeitszeit beträgt 10 Stunden. Vom 1. April 1915 ab 9 1/2 Stunden. An Sonnabenden ist eine Stunde, an den Vorabenden vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten ist 2 Stunden früher Feierabend. Für die ersten 2 Stunden nach der regulären Arbeitszeit wird ein Zuschlag von 25 Prozent (für die übrigen Stunden 50 Prozent) Zuschlag gewährt. Richtig ist es auch in Danzig gelungen, dank der Organisation, die 9 1/2stündige Arbeitszeit zu erreichen. Der Lohn beträgt:

1. Für solche Monteure und selbständig arbeitende Ge-

lagen herstellen können pro Stunde 58 Pfg., vom 1. April 1914 ab 60 Pfg., vom 1. April 1915 ab 64 Pfg..

2. Für selbständige Dacharbeiter auf Neubauten pro Stunde 56 Pfg. vom 1. April 1914 ab 58 Pfg., vom 1. April 1915 ab 62 Pfg.

3. Für alle übrigen Gesellen und Monteure 53 Pfg. vom 1. April 1914 ab 55 Pfg., vom 1. April 1915 ab 59 Pfg.

Für diese Gehältern und Monteure ist eine Aufbesserung der Löhne von 90 Pfg. pro Tag innerhalb 3 Jahren erreicht worden. Ausgelernte erhalten im ersten Jahr nach bestandener Gesellenprüfung nicht unter 36 Pfg., ab 1. April 1915 nicht unter 38 Pfg. Diese Festsetzung war notwendig, um die jungen Kollegen, die nach dem alten Tarif keinen festen Lohn verlangen konnten, mithin in der Entlohnung vom Gutdünken der Meister abhängig waren, ein Recht auf festen Lohn zu geben.

Die Löhne der Gesellen, welche infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen oder wegen hohen Alters minderleistungsfähig sind, sowie die Löhne der Helfer-, Hilfs- und Hofarbeiter wurden ebenfalls geregelt. Die Aufbesserung beträgt für diese Kollegen 40, 50 und 60 Pfg., verteilt auf 3 Jahre, je nach der Art der Beschäftigung. Soweit die vorgenannten alle bereits diesen Lohn haben erhalten sie eine Lohnzulage von 2 Pfg. pro Stunde.

Von unserem Verband waren 62 Kollegen an der Bezauna beteiligt. Für 47 wurde eine Aufbesserung von 90 Pfg. innerhalb 3 Jahren pro Tag an Mehrverdienst erreicht. Die übrigen erhielten 40-60 Pfg. Aufbesserung. Das ist gewiß ein schöner Erfolg. Wenn wir die Summe des Mehrverdienstes zusammenstellen, so ergibt dieses den ansehnlichen Betrag von 14 940 Mk. Nicht eingerechnet konnte der Mehrverdienst der Junggesellen werden, weil hierfür kein sicheres Material vorhanden ist. Fest steht aber, daß einzelne Gesellen im ersten Jahre nach der Gesellenprüfung mit 25-30 Pfg. pro Stunde entlohnt wurden. Würden wir diese Summe umrechnen, so würde mindestens ein Mehrverdienst von 20-22 000 Mk. zu verzeichnen sein, welcher durch den Abschluß des neuen Tarifes für unsere Mitglieder errungen wurde.

Neben diesen materiellen Erfolgen ist noch besonders hervorzuheben, daß die Lohnzahlung fortan am Freitag stattfindet und nicht wie früher am Sonnabend. Dadurch wird namentlich den verheirateten Arbeitern der Einkauf der Lebensbedürfnisse erleichtert. Mögen jetzt aber auch die Kollegen, die in den Genuß der Freitagsentlohnung gekommen sind, dafür sorgen daß die Einwendungen, die von den Arbeitgebern gegen die Freitagsentlohnung erhoben wurden, sich als trügerisch herausstellen.

Im Vertrag ist ebenfalls festgelegt, daß Maßregelungen nicht stattfinden dürfen. Desgleichen wurde ein Schiedsgericht, bestehend aus 6 Personen, mit dem jeweiligen Vorsitzenden des Gewerbegerichtes als unparteiischer Vorsitzender des Schiedsgerichtes gebildet, um Zwistigkeiten, die sich bei Auslegung des Vertrages ergeben sollten, zu schlichten.

Der Tarif tritt am 14. Juni 1913 in Kraft und endet am 31. März 1916. Jedoch verlängert sich derselbe stillschweigend um ein Jahr, wenn er von keiner Seite aufgekündigt wird. Durch den Abschluß dieses Tarifvertrages ist es der Organisation gelungen, große Vorteile für die Kollegen im Klempnergewerbe zu erringen. Mögen jetzt alle Kollegen an der Durchführung des Vertrages mitwirken und der Organisation die errungenen Vorteile durch treue Pflichterfüllung danken. Mögen auch die übrigen Kollegen des Danziger Klempnergewerbes deren Arbeitsverhältnis noch nicht tariflich geregelt ist, von den Kollegen im Klempnergewerbe lernen, daß nur durch eine geschlossene Organisation solche Vorteile zu erringen sind. Darum muß es das Bestreben aller organisierten Kollegen sein, immermehr die Reihen des christlichen Metallarbeiterverbandes zu stärken, weil diese Organisation die Interessen der Kollegen mit Geschick und Konsequenz vertritt.

**Der Streik bei der Firma Meyer in Kall erfolgreich beendet.**

Die Arbeiter der Trieurfabrik Meyer und Comp. in Kall-Kall erzielten nach siebentägigem Streik einen guten Erfolg. Am 23. April 1913 wurden Forderungen eingereicht, welche eine zehnprozentige Lohnhöhung für alle Arbeiter mit Ausnahme der Presser vorsahen. Weiter sollten Einstellungslohn festgesetzt werden. In der Presserei sollten den Arbeitern, weil diese vornehmlich im Afford tätig sind, für Lohnarbeit zwei Drittel des Affordüberschusses zum Lohn bezahlt werden. Auf diese Forderungen erteilte die Firma am 9. Mai eine schriftliche Antwort, die wohl eine Prüfung der Afforde in Aussicht stellte, aber sonst keine Zugeständnisse machte. Besonders lehnte das Werk bestimmte Einstellungslohn ab. Um nicht wegen der mehr oder minder problematischen Natur der Einstellungslohn einen Prinzipienkampf zu entfesseln, wurden die Forderungen neu formuliert und eingereicht. Diese lauteten:

1. Die bestehenden Löhne sind um 8-12 Prozent zu erhöhen.

2. Die Prüfung und Regulierung der Affordreise soll bis zum 15. Juli erfolgt sein, und zwar in der Weise, daß die Arbeiter im allgemeinen mindestens 25 Prozent über ihren Grundlohn verdienen können.

3. Müssen Arbeiter, die in der Regel im Afford arbeiten, auch einmal Lohnarbeit verrichten, so ist denselben für diese Zeit ihr durchschnittlicher Verdienst zu zahlen. Wenn tritt dieses ein, wenn durch Fehler im Material die Arbeiter ihren Verdienst nicht erreichen können, sowie, wenn die Arbeit ohne Verschulden des Arbeiters eine Unterbrechung erleidet, die länger als eine halbe Stunde dauert.“

Aber auch diesen Forderungen gegenüber verhielt sich die Firma vollständig ablehnend, weshalb die Arbeiter am 12. Juni ihr Arbeitsverhältnis aufkündigten. Darauf wurde den Arbeitern von der Firma bedeutet, sofort die Fabrik zu verlassen, welches auch fast vollständig geschah. Nur einige Arbeiter wurden wegen ihres hohen Alters im Übermaß belassen. Dieses Verhalten muß die Firma wohl sehr bedauert haben, bis kurz vor dem Streik lehnte sie jede Auswache mit der

Verbandsvertretern ab. Nachdem der Betrieb vollständig ruhte, verhandelte die Firma mit den Organisationsvertretern. Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist folgendes:

- 1. Die Akkordlöhne sollen bei nachfolgenden Arbeiter-Kategorien herab revidiert und festgesetzt werden, daß die nachstehenden vereinbarten effektiven Stundenlöhne verbüßt werden können: 1. Anstreicher 55 Pfg., 2. Verpacker 50 Pfg., 3. Schmiede 65 Pfg., 4. Dreher 70 Pfg., 5. Hobler und Stoßer 80 Pfg., 6. Bohrer 52 Pfg., 7. die Schlosser der Triebwerksfabrik 65 Pfg., soweit sie über 25 Jahre alt sind.

2. Die Schreiner sollen einen Stundenlohn von 65 Pfg. erhalten.

3. Die Zuschläger sollen in Zukunft am Akkord des Schmiedes beteiligt werden.

4. Die Festsetzung der Akkordlöhne soll bis zum 1. September 1913 abgeschlossen sein.

5. Bei Unterbrechung des Akkordes ohne Schuld des Arbeiters wird für die entsprechende Zeit eine von Fall zu Fall festzusetzende Zulage zum Stundenlohn bewilligt.

Durch diese Zugeständnisse erhalten Mehrverdienst: Anstreicher 10 Proz., Verpacker 9,1, Schmiede 9,8 Dreher 23,5, Hobler und Stoßer 11,1, Bohrer 9,4, Schlosser 22, Schreiner 5,8, Scherensarbeiter 7,2, und die Hämmere 19,2 Proz.

So weit diese Arbeiter in Frage kommen, sind die Zugeständnisse zum Teil recht bedeutend und zufriedenstellend. Zu bedauern ist, daß die Firma den schlecht entlohnenden Hilfsarbeitern unter keinen Umständen entgegen kam. Es wird darum unsere Aufgabe sein, für die Hilfsarbeiter das Verfügbare nachzuholen. Dies ist möglich, wenn diese witzig und treu zur Organisation stehen und immer wieder ihre Forderungen erheben. Auf einen Sieg fällt kein Baum. Mit zäher Ausdauer müßt ihr an der Organisation festhalten, dann wird in der Zukunft der Erfolg nicht ausbleiben können. Das selbe gilt auch für die übrigen Arbeiter. Bei der Regelung des Akkordsystems werden Differenzen nicht ausbleiben und müssen deswegen die Kollegen jederzeit gewappnet sein. Es ist nicht ausgeschlossen, sogar sehr wahrscheinlich, daß in der Zukunft der Kampf um die Durchführung der Zugeständnisse ein heftiger wird.

**Zur Beachtung.** Bei allen Lohnverhandlungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuwenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

**Bremen.** Die Klemmer stehen zwecks Abschlußes eines neuen Tarifvertrags im Streit.

**Düsseldorf.** Auf dem Emailierwerk Rhénania stehen die Arbeiter im Streit.

**Bewerungen a. d. W.** Die dem christlichen Metallarbeiterverband und dem christlichen Holzarbeiterverband angehörenden Arbeiter der Holzwarenfabrik von E. Rose stehen wegen Lohnhöhen im Streit.

**Düsseldorf.** Die Former und Gießereiarbeiter der Firma Windscheid & Wendel stehen im Streit.

**Essen.** Die Arbeiter des Drahtwerkes Rhénania stehen wegen Lohnhöhen in Kündigung.

**Breslau.** Die Untergestellten der Waggonfabrik Sinte-Hoffmann stehen im Streit, das ganze Werk ist gesperrt. Zugzug ist fernzuhalten.

**Wien-Kalk.** Die Differenzen bei der Firma Mayer und Comp. sind beigelegt.

### Bekanntmachung des Vorstandes.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 29. Juni, der liebenundzwanzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 29. Juni bis 5. Juli 1913 fällig.

Die Verwaltungsstelle Duisburg erhält die Genehmigung, vom 1. Juli ab einen Lokalbeitrag von 10 Pfg. pro Woche zu erheben. Die Nichtbezahlung des Lokalbeitrages hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

### Aus dem Verbandsgebiet

**Düsseldorf.** Unsere Verwaltungsstelle hielt am Donnerstag, den 12. Juni eine stark besuchte Vorstandes- und Vertrauensmännerversammlung im Paulushause ab. Einleitend gedachte der Vorsitzende Kollege Leupke, des Regierungsjubiläums Kaiser Wilhelm II., dessen Regierung dem gesamten Deutschen Volke und auch dem Arbeiterstande Segen gebracht habe. Wir als christlich-nationale Arbeiter freuen uns über die 25jährige Regierungszeit und werden niemals vergessen, welchen warmen Anteil gerade der Kaiser an den Interessen unseres Standes gezeigt hat. Sein sozialpolitisches Programm, welches den Ausbau der Versicherungsgegebung, der Gewerbeordnung etc. einer Nachprüfung und Erweiterung unterzogen wissen wollte, hat viel zur Besserung der Verhältnisse beigetragen. Größere Arbeit bleibt allerdings noch für die Arbeiter der Großindustrie zu tun übrig, deren überlange Arbeitszeit wirklich kein Ruhmesblatt für die deutsche Metallindustrie ist. In der Sozialpolitik sind bedeutende Erfolge errungen worden. Das letzte Werk, die Reichsversicherungsordnung, hat etwa 150 bis 200 Millionen Mark Mehrleistungen gebracht. Sind auch noch Schwächen in der glänzenden Entwicklung unseres wirtschaftlichen Lebens vorhanden, so wollen wir christlich-nationale Arbeiter nie vergessen, daß nicht alles Heil durch Staatshilfe zu erreichen ist, sondern die berechtigten Selbsthilfe mitwirken muß.

Weiter gibt es in unseren Tagen viele Arbeitgeber, die den berechtigten Lohnforderungen der Arbeiter ablehnend gegenüberstehen und statt Lohnhöhen zu gewähren, gelbe Vereine gründen. Das ist undeutsch und wir müssen alles tun, daß der echte deutsche Geist zurückkehrt, dem jedes Parasiten- und Kriechertum fremd ist. Aufrichtige, väterländische und nationale Gefühle sind es, welche die christlich-nationale Metallarbeiterchaft befeuert, mit freudigem Dank bringen wir dem Kaiser unseren Glückwunsch dar und rufen mit allen treuen Deutschen: „Gott erhalte unseren Kaiser!“ Unstetig stimmten die Kollegen diesen Ausführungen zu.

In einem Rückblick über die Tätigkeit der letzten Wochen, den Kollege Graf erstatte, wurde insbesondere die Tatkraft der Gewerkschaftsorganisationen bei den Verhandlungen hervorgehoben. Die

Versuche der Führer des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes ohne die christliche Metallarbeiterchaft Bewegungen nach sozialdemokratischem Muster zu machen, haben mit Niederlagen geendet. Bei dem Vorgehen auf der Rheinischen Metallwarenfabrik spielte der Reichs-Duisburger Gewerkschaftsverein den Schleppenträger und dessen Führer rannte hinter den Genossen her. Wie uns einwandfrei mitgeteilt wurde, haben die Genossen die Sperre trotz ihrer offensiblen Auslosigkeit deswegen so lange aufrecht erhalten, um unter dem Deckmantel der Sperre recht viele Mitglieder des roten Verbandes dort in Arbeit treten zu lassen. Es sind auch entgegen den gestrigen Beschlüssen Ueberstunden über Ueberstunden geleistet worden; dieserhalb kam es unter den Genossen selbst zu recht brüderlichen Auseinandersetzungen. Zur rechten Zeit haben die christlichen Organisationskräfte es verstanden, diejenigen Erfolge herauszuholen, welche heute die Genossen für sich zu reklamieren suchen, die sie damals aber in Grund und Boden verurteilten. Prozentuale Zuschläge für Ueberzeitarbeit, Lohnhöhen für einen Teil der niedrig entlohnenden Arbeiterchaft, die weit über 20 000 Mark im Jahre ausmachen, sind einzig unserem Vorgehen zuzuschreiben. Die Leitung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes hat trotz der Reichstagsabgeordneten Spiegel und Haberland nur erreicht, daß mehrere Hunderte ihrer Mitglieder aus gutbezahlten Stellen kamen und eine Anzahl Akkordlöhne einer gründlichen Revision unterzogen wurden, weil eine Reihe Genossen die Taschen nicht voll genug bekommen konnten.

Eine andere gerade so unfruchtbar begonnene Bewegung ist die auf der Maschinenfabrik „Rheinland“, welche gegen den Willen der maßgebenden Führer inszeniert wurde. Trotzdem tragen sie die Schuld, weil sich hier der radikalste Teil der von ihnen erzogenen Mitglieder befindet. Mehrere Male hat selbst die Hauptleitung in Stuttgart die Genehmigung zum Streik verweigert. Auch in diesem Falle soll das geschehen sein, weil die Frauenarbeit in der Kugelfabrikation nicht mehr zu umgehen und in den anderen deutschen Werken fast reiflos durchgeführt sei. Heute streifen diese Herren trotzdem, und es müssen Konzerte veranstaltet werden, um sie zu unterstützen. Die Führer erklären offen, was die Mitglieder auf „Rheinland“ machen, ist nichts weiter wie ein Putsch, haben jedoch nicht den Mut, ihren Mitgliedern zu sagen, was ist. Im Gegenteil besah man noch die Freiheit, auch die christliche Arbeiterchaft zur Arbeitsniederlegung aufzufordern. Wie mitgeteilt wird, ist bereits eine ganze Anzahl Gewerkschaftssozialisten dem gegründeten gelben Verein beigetreten und ein weiterer Teil hat die Arbeit nach Eintritt in diesen Verein wieder aufgenommen.

Weitere Bewegungen brachten schöne Erfolge für die Kollegen. Diese hat nun nicht allein, wie er fälschlich behauptet, der sozialdemokratische Verband errungen, sondern unsere Mitglieder und Verwaltung haben genau dieselbe Arbeit hierzu geleistet. So bei Memmer-Matingen, Zeise u. Keil-Neuf, Schulz u. Viehl-Rath, Hohenzollern-Grabenberg, Deltawerke-Grabenberg, Kraftautomobilfabrik-Matingen, Bahn-Neuf, Memmer und In-Flaktoreum und die Fabriklempner. Eine Reihe Bewegungen sind noch nicht abgeschlossen. Bei der Firma „Rhénania“ und bei Windscheid u. Wendel stehen unsere Mitglieder gemeinsam mit den Angehörigen der anderen Organisationen im Streit. Diese Tatsachen widerlegen am besten die heimlich gegen unsere Bewegung betriebenen Verleumdungen der rosaroten und knallroten Gegner, als wenn wir von irgend jemand abhängig wären oder eine Rechtschwenkung vorgenommen hätten. Weil wir von niemandem abhängig sein wollen, sondern unsere Selbstständigkeit mit aller Entschiedenheit zu verteidigen wissen, muß man halt schon ein bißchen verstanden zur Bergewaltung der Wahrheit. Organisationen gegenüber, welche die Arbeiterinteressen mit Füßen treten, die deutsche Vertragstreue verletzen und zweifelhaft Angeestellte noch flügen, ist unserer äußerste Vorsicht am Blase.

Die Versammlung erklärte nach ergänzender Diskussion ihr Einverständnis mit den Ausführungen des Redners. Weiter wurden neue taktische Maßnahmen beraten, die trotz der schwierigen Situation eine größere Agitationsmöglichkeit bieten und die Erhaltung der gewonnenen Mitglieder bezwecken. Notwendigerweise ergab sich eine Festlegung der Bürozeiten. Es wurde bestimmt, daß unser Büro in der Zeit von 8,30 bis 9,30 Uhr, von 11 bis 1 Uhr und von 5 bis 8 Uhr täglich geöffnet, die andere Zeit zur Erledigung der Arbeiten geschlossen bleiben soll. Wir erfordern die Berufskollegen, diese Zeiten einzuhalten.

**Bodenwöhr.** Am Sonntag, den 15. Juni fand hier eine von unserem Verband einberufene stark besuchte Hüftenarbeiter-Versammlung statt. Als Referenten waren erschienen Herr Landtagsabgeordneter Baumann und Kollege Heilig-Amberg. Auf besonderem Wunsch der hiesigen Arbeiterchaft war vom Kollegen Heilig Herr Bergrat Stoeger eingeladen worden, der auch erschienen war. Nach einer Begrüßungsansprache durch Kollegen Heilig wurde in die Tagesordnung eingetreten. Es handelte sich vor allem um die Fragen der Behandlung. Die Referenten griffen zurück auf die Zeiten vor dem jetzigen Herrn Amtsvorstande. Durch die Behandlung der früheren Herren ist die Arbeiterchaft von Bodenwöhr gar manchmal in Erregung gekommen. Von unserem Verband wurde alles versucht, um eine Aenderung herbeizuführen. Unsere Arbeit war nicht umsonst. Alle Herren sind verschwunden. Der neue Amtsvorstand hat jetzt aber die schwere Aufgabe, das Vertrauen der Arbeiter wieder zu gewinnen. Näher eingegangen wurde auf die Behandlung durch den Herrn Oberingenieur und den Meister Steinäder. Ueber den letzteren sind in letzter Zeit eine Reihe von Klagen laut geworden. Besonders fraiße Fälle wurden vorgetragen und der Herr Bergrat um Abhilfe ersucht. In der Diskussion nahm der Herr Bergrat das Wort und erklärte, daß jeder Arbeiter zu ihm mit Beschwerden kommen dürfe. Ganz besonders freute es die Versammlung, daß der Arbeiterausschuß wieder zur Geltung kommen solle. Derselbe solle zu den Verhandlungen zugezogen werden. Unter dem früheren Regiment fand der Arbeiterausschuß fast nur noch auf dem Papier. Für die Arbeiterchaft gilt es jetzt, fest zusammenzukommen. Was jahrelang vernachlässigt wurde, wird zwar in einigen Tagen nicht wieder gut gemacht werden können. Aber wir haben Aussicht, daß wieder andere Zeiten kommen. Unsere Kollegen und der Verband werden das übrige tun.

**Singen a. S.** (Baden). Am Sonntag, den 8. Juni, hielt das christliche Gewerkschaftsamtell mit dem katholischen Arbeiterverein eine gemeinsame Versammlung ab, die sehr gut besucht war. Kollege Arbeiterssekretär Witz-Singen sprach über „Die christlich-nationale Arbeiterbewegung und die moderne Zeit“. Er legte das Freundschaftsverhältnis zwischen den konfessionellen Arbeitervereinen und christlichen Gewerkschaften dar und streifte das Aufgabengebiet der Arbeitervereine und andererorts dasjenige der christlichen Gewerkschaften. Auf die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Metallarbeiter am hiesigen

Orte, besonders der der Fittingswerke, die am meisten Metallarbeiter beschäftigt, wurde eingehend Bezug genommen. Es wurde nachgewiesen, daß dort die Lohnverhältnisse sehr verbesserungsbedürftig sind. — Wenn das Akkordwesen und das zu ungunsten der Arbeiter ausgefallene Akkordsystem geregelt werden soll, zugunsten der Arbeiterchaft, müßten sich die Metallarbeiter in den Fittingswerken noch in größerer Zahl dem christlichen Metallarbeiterverband anschließen. — Trotzdem erst kürzlich die Fittingswerke eine zehnprozentige Dividende ausgeschüttet, hätten sich die Löhne der Arbeiter verschlechtert. Der Referent stellte ferner fest, daß Metallarbeiter in den Fittingswerken teils so niedrig entlohnt seien, daß sie monatlich 44,20 Mark weniger als andere Arbeitskollegen im selben Alter in den hiesigen Magginwerken verdienen.

Redner streifte die Erwerbstätigkeit der Frau in der Fabrik und die Folgen hieraus, betonte besonders die Tatsache, daß es noch Arbeiterfamilien genug gebe, wo ohne Schuld des Mannes die Ehefrau und Mutter der Kinder gezwungen seien vom Hause erwerbstätig zu sein. Bezüglich der Erkrankung von häufigen Krankheiten bei Schulkindern sagte der Referent folgendes: „Es ist nicht richtig, wenn die „Sing. Nachr.“ in Nr. 109 vom 13. Mai diese Erkrankung ausschließt auf den starken Alkoholgenuß zurückzuführen. Zum Teil mag das zutreffen, man darf aber nicht übersehen, daß diese Erkrankung nicht zuletzt auch eine Folge der Unterernährung ist. An Unterernährung haben sehr viele Kinder der arbeitenden Bevölkerung zu leiden. Wenn ein Familienvater mit 18 bis 20 Mk. Wochenlohn nach Hause geschickt wird, so ist das auch leicht begreiflich.“

Der Vortrag hatte die wünschenswerte Stimmung für die Gewerkschaft, besonders für unseren christlichen Metallarbeiterverband ausgelöst. Eine größere Anzahl Neuaufnahmen für unseren christlichen Metallarbeiterverband konnten gewahrt werden. Unter der Kollegenchaft besteht jetzt der feste unüberwindliche Wille, vom Koalitionsrecht den zweckmäßigsten Gebrauch zu machen. — Unsere Ortsgruppe muß sich bis zum Winterquartal mehr wie verdoppeln, dafür werden die christlich organisierten Metallarbeiter in Singen ganz bestimmt Sorge tragen.

**Neheim.** Seit längerer Zeit herrschen in der Aluminiumfabrik F. W. Bröckelmann, Hufstünde, die uns zwingen, sie der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Ständige Akkordabzüge sind an der Tagesordnung und es vergeht fast keine Lohnperiode, wo nicht an dem einen oder anderen Artikel abgezogen wird. Der Dundermeister Windbuh ist anscheinend dazu angestellt worden, um die Akkorde auszubücheln und herabzusetzen. Als früherer Arbeiter und „roter Gewerkschaftler“ war W. stets derjenige, welcher gegen jeden Abzug wetteuerte und ankämpfte. Und doch waren damals die Akkordlöhne entschieden besser gestellt wie heute. Jetzt als Dundermeister muß er sich, um im Genossenschaft zu reden: „Als Handlanger des Kapitals betätigen, welches die Arbeiter ausbeutet.“ Wahrlich, eine wunderbare Situation für einen „freien“ Gewerkschaftler. Dieser ehemalige Gewerkschaftssozialist hat sich aber sehr schnell in die von den Genossen so sehr verpönten Mäulen der Schachtmacher eingelebt. Einem Arbeiter, der sich über die schlechten Akkordlöhne beschwerte, erwiderte Meister W.: „Wenn ich ihnen sage, es gibt nicht mehr, dann bleibt es dabei.“ Als der Arbeiter nach Einwendungen machen wollte, wurde er barsch angefahren und gekündigt; in „ächter Brüderlichkeit“ setzte W. hinzu: „Wenn sie noch ein Wort sagen, so fliegen sie sofort hinaus.“ Auf die Umgangsformen im roten Zukunftsstaat kann sich nach diesem Proben jeder selbst seine Melodie machen.

In ähnlicher Weise werden die Arbeiter auch von den anderen Betriebsbeamten abgefertigt. Diese letzteren gehören sämtlich der Familie Klosterhoff an. Friedrich Klosterhoff ist Betriebsleiter und anscheinend „Herr von S. Ganze“. Nach den Aussagen des Herrn Betriebsleiters hat der Inhaber Herr Fr. Bröckelmann im Betriebe nichts zu sagen. In einem Arbeiter, der es wagte, den Namen des Herrn Bröckelmann im Betriebe auszusprechen, wurde mit sofortiger Entlassung gedroht. Ernst Klosterhoff ist Werkmeister. Heinrich Klosterhoff ebenfalls. Letzterer ist, nebenbei bemerkt, erst 22 Jahre alt und doch schon Meister. Der vierte Bruder Otto Klosterhoff waltet als Bürochef. Der Schwager Muchhoff und der Stiefvater Hof schließen endlich den Reigen als Verbands- und Lagermeister. Ein „Familienbetrieb“, im wahren Sinne des Wortes, ist also hier vorhanden. Ja, man behauptet in Neheim, wenn die Familie Klosterhoff noch mehr männliche Mitglieder zählte, würden diese ebenfalls bei der Firma F. W. Bröckelmann eine gehobene Stellung einnehmen. Wie dem auch sei, die Firma kann es sich leisten. Herr Friedrich Klosterhoff versichert nämlich jedem, der es hören will, daß im vorigen Jahre ganz brillant abgeschrieben worden sei. Im Betriebe wird aber den Arbeitern gegenüber stets erklärt, die Akkordlöhne müßten wegen der Konkurrenz immer mehr herabgesetzt werden. Anscheinend wegen des guten Geschäftsganges wurde im vorigen Jahre auch ein „Fabrikfest“ gefeiert.

Obwohl in Neheim an sportlichen Vereinen sicher kein Mangel ist, so wurde vor längerer Zeit vom Herrn Klosterhoff doch noch ein Wanderklub für die Arbeiter des Betriebes gegründet. Dieser „Wandertogel“, wie er heißt, hat ein merkwürdiges „gelbes“ Gesicht. Die verschiedenartigen Vorträge dieses Vereins werden den Arbeitern der Firma von den Gebrüdern Klosterhoff bei jeder Gelegenheit klar gemacht. In letzter Zeit wurden sogar verschiedentlich den jugendlichen Arbeitern die „Klubbeiträge“ bei der Lohnzahlung abgehalten. Ausflüge verschiedener Art, zu Fuß, per Bahn und sogar per Möbelwagen sind die vielgeliebten Vorträge dieses „Wandertogels“. Den Teilnehmern wird beim Abholen das Fachgehirn von der Firma zur Verfügung gestellt. „Freibier“ gibt es selbstverständlich auch. Der Öffentlichkeit soll durch derartige Veranstaltungen das gute Verhältnis, welches zwischen der Firma und ihren Arbeitern besteht, bekannt gegeben werden. Leider hat dies gute Verhältnis für die Arbeiter im Betriebe ein ganz anderes Aussehen. Hohe Strafen werden verhängt bei den kleinsten Vergehen. Fehlen bei der Arbeit kosten für jeden halben Tag 2 Mark Schadenertrag. Ob die Höhe dieses Schadenertrages der Wirklichkeit entspricht, wissen wir nicht. Oder sollte die Firma an jedem Arbeiter pro Tag 4 Mark „verdienen“? Dann muß ja jährlich ein schöner Geschäftsgewinn zu verzeichnen sein. Unrechthigte Lohnabzüge sind aber auch dann aus „Konkurrenzrücksichten“ überfällig. Am Dienstag wird auch von Herrn Fr. Klosterhoff renommiert über die „Erziehung“, welche er den Arbeitern angedeihen lasse. Besser wäre es jedenfalls, wenn der Herr Betriebsleiter dafür sorgte, daß den Arbeitern geeignete Ankleideräume zur Verfügung ständen. Gegenwärtig geschieht das Umkleiden der Arbeiter in den Arbeitsstätten, welche teilweise zur selben Zeit von den Arbeiterinnen passiert werden müssen. Auch kommt es öfters vor, daß die Arbeiter über die geistliche Zeit hinaus im Betriebe beschäftigt werden. Hoffentlich sieht die Aufsichtsbehörde einmal nach dem Rechten.

Für diesesmal wollen wir von weiteren Erörterungen Abstand nehmen. Wenn notwendig, werden wir auch nicht säumen, noch andere Dinge der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Der Betriebsinhaber Herr Bröckmann scheint von den Zuständen innerhalb des Betriebes aufschauen nichts zu wissen. Unberechenbar wäre es unbegreiflich, daß Herr Bröckmann, der von den Arbeitern allseitig geschätzt wird, derartige Zustände duldet. Die Arbeiter aber möchten wir ersuchen, sich vollständig dem christlichen Metallarbeiterverbande anzuschließen. Dort werden die Rechte der Arbeiterschaft voll und ganz vertreten. In dem „gelben Wandervogel“ ist für die Arbeiter kein Heil zu holen. Nur eine aufrechte und selbstbewußte Arbeiterschaft ist in der Lage ihre Rechte und eine selbständige Behandlung sich zu sichern.

**Duisburg-Großenbaum.** In der Abjuration (Nr. 24) des Rheinwerkes des Bahnschiffwerkes beabsichtigten die Arbeiter eine Regelung der Arbeitspreise herbeizuführen. Die Arbeiter waren zum Teil in unserem Verbande organisiert und zum Teil bei den Hirschen. Alle Bemühungen um einen friedlichen Ausgleich waren vergebens und sollte deswegen die Klärung eingeleitet werden. Doch da zeigte sich, daß der schmachvolle Stolberger Treubruch der Hirsch-Dunderschen auf der ganzen Linie Schule gemacht hat. Von den in Großenbaum beschäftigten Hirschen reichten 50 Prozent die Kündigung nicht ein. Von vornherein war also die bitter notwendige Einigkeit der Arbeiter durch die Hirsche durchbrochen. Am letzten Tage vor Ablauf der Kündigungszeit hatten die Hirsche bis auf einen einzigen ihre Kündigung zurückgenommen, waren also ebenfalls zusammengeschnitten. Daß unter diesen Umständen die Bewegung verpöblicht war, ist jedem, der gerade kein gewerkschaftlicher Neuling ist, sonnenklar.

Jetzt kommt der „Regulator“ (Nr. 24) her und bringt aus einer angeblich „eingehenden Schilderung“ über die Bewegung einen Auszug, der ein Meisterwerk von Geschäftigkeit und Verlogenheit darstellt. Es wird behauptet, die Bewegung sei von uns inszeniert worden, um Mitglieder zu fangen, ferner sollen wir hinter dem Rücken der S.-D. Verhandlungen anzuknüpfen versucht haben und endlich hätte unser Verbandsvertreter unsere Mitglieder zur Zurücknahme der Kündigung aufgefordert. Demgegenüber erklären wir, daß es uns nicht im Traum einfällt, Bewegungen zu inszenieren um Mitglieder zu fangen. Die Bewegung war nötig, weil die Arbeits-Verhältnisse reformbedürftig waren. Wollten die Hirsche das etwa bestreiten? Dann herans mit der Sprache! Die Behauptung, unser Vertreter hätte hinter dem Rücken der S.-D. Verhandlungen herbeizuführen versucht, hätte der „Regulator“ in seinem eigenen Interesse besser unterlassen. Nachdem von den ganzen Hirsch-Dunderschen nur noch einer in Frage kam, während alle anderen ungefallen waren, konnten sie da wirklich noch verlangen, daß man sie noch zu irgend etwas hinzuzog? Außer den S.-D. wird doch niemand glauben! Die dritte Behauptung im „Regulator“ ist glatt erlogen, deswegen ist es unnötig darauf einzugehen. Im übrigen haben die Hirsch-Dunderschen seit ihrem Stolberger Treubruch bei der denkenden Arbeiterschaft jeden Kredit verloren.

**Stuttgart.** Mit der Bauhofsloßerbewegung besetzte sich am 21. Juni eine gut besuchte Versammlung unserer Ortsgruppe. Der Referent gab zuerst ein Bild der Gestaltung der Tarifverhältnisse im Bauhofsloßergewerbe Stuttgarts seit dem Jahre 1911. Damals weigerte sich der sozialdemokratische Metallarbeiterverband in gleicher Weise wie 1913, mit dem christlichen Metallarbeiterverband gemeinsam zu verhandeln. Die Folge war die, daß der christliche Verband gezwungen war, selbständig vorzugehen und auf Grund von Verhandlungen einen eigenen Tarif abschloß. Damit war für die nichtsozialdemokratisch organisierten Arbeiter die Tarifbewegung beendet. Während nun vordem der sozialdemokratische Verband verkündete, es wäre ihm gleichgültig, was der christliche Verband mache und ihn überall auszuscheiden versuchte, verlangten die sozialdemokratischen Führer als ihr Verband in Streit trat, der christliche Metallarbeiterverband solle diesen Streit anerkennen. Da aber die christlich organisierten Bauhofsloßer schon ein tariflich geregeltes Arbeitsverhältnis hatten, konnten sie keinen Streit mehr anerkennen. Wenn das den sozialdemokratisch organisierten Bauhofsloßern gegen den Streik ging, so mußten sie sich an ihre Führer wenden, die dies dadurch verschuldeten, daß sie Parität und Gleichberechtigung mit Füssen traten. Seit 1. April 1913 arbeiten nun die Bauhofsloßer Stuttgarts tariflos. Verhandlungen kommen — weil die soziald. Verbandsleitung genau wie 1911 — die Tarifverträge statt zu einer reinen Frage der Regelung des Arbeitsverhältnisses, zu einer soziald. Machtfrage gestaltet hat, nicht zustande. Während die Schlossermeister aus Gründen der Gerechtigkeit und Ordnung verlangen, daß mit beiden Organisationen gemeinsam verhandelt und ein Tarif abgeschlossen wird, verlangt der soziald. Verband immer noch die Ausschließung des christl. Metallarbeiterverbandes. Die Arbeitgeber sind hier mehr als die Sozialdemokraten für eine Achtung der Minorität und eines freien Koalitionsrechtes. Die Leitung des soziald. Metallarbeiterverbandes hat nun — nachdem die von Herrn Gemeinderat Klein angebahnten Ausgleichsverhandlungen durch die Intoleranz der soziald. Führer sich zerlegt haben — in einer Versammlung am 13. Juni erneut eine Resolution zur Annahme gebracht, in der es u. a. heißt: „Dem Verlangen der Innung, mit den Vertretern der Christlichen gemeinsam zu verhandeln, kann die Versammlung aus den schon früher angeführten Gründen nicht zustimmen.“

Zur Charakterisierung der Auffassung der Leitung des soziald. Verbandes verdient noch hervorgehoben zu werden, daß diese an die Leitung des christlichen Metallarbeiterverbandes um gemeinsame Verhandlungen herbeizuführen das Verlangen stellte, die Beamten des christlichen Metallarbeiterverbandes Gengler und Kollratz sollten unterschreiben mit Verbandsstempel versehen, eine vom soziald. Verband vorgelegte Erklärung unterschreiben, worin die beiden Kollegen über ihre Haltung beim Bauhofsloßstreik 1911 ihr Bedauern aussprechen sollen. Diese Zumutung wurde selbst in Genossenschaftskreisen mit der gebührenden Heftigkeit aufgenommen.

Wenn nun die Stuttgarter Bauhofsloßer ohne geregelte Arbeitsverhältnisse arbeiten müssen, Verhandlungen zum Abschluß eines neuen Tarifies nicht zustande kommen, so trägt nur der soziald. Verband die Schuld daran, der die Tariffrage zu einer Verbandsmachtfrage stempelt. Daß die Angehörigen letzteren Verbandes im Ernst die Auffassung hatten, die Beamten des

christlichen Verbandes würden eine solche Erklärung unterschreiben, glauben wir selbst nicht. Kollege Gengler hatte überdies mit der Schlosserbewegung 1911 fast nichts zu tun, da er während derselben nur wenige Stunden in Stuttgart war, um die Angelegenheit eines Mitgliedes zu regeln. Zur jetzigen Stellung des christlichen Metallarbeiterverbandes bemerkte der Referent, daß dieser im Interesse der Geschlossenheit und des Wohlergehens der Arbeiter, im Gegensatz zum soziald. Verband das Arbeiterinteresse über das Parteiinteresse stelle. Die Bewegungen in den anderen Tarifstädten, wo beide Verbände und teilweise auch die gleichen Führer zusammen gearbeitet haben, haben bewiesen, daß bei einigem Willen eine Verständigung und ein Zusammenarbeiten auch möglich ist. Auf die mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen folgte eine lebhafte Diskussion und zum Schluß die einstimmige Annahme folgender Resolution:

„Die heutige Versammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes, Ortsverwaltung Stuttgart spricht ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, daß durch das Verhalten des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes bis jetzt Verhandlungen über den Neuabschluss eines Tarifvertrages im Bauhofsloßergewerbe nicht zustande kamen. Die Versammlung erblickt in diesem Zustand eine Schädigung der Interessen der beteiligten Arbeiter. Das Verhalten des sozialdemokratischen Verbandes muß umso mehr bestreben, als in anderen Städten es gelungen ist, in gemeinsamen Verhandlungen mit der Arbeitgeberorganisation mit gutem Erfolg für die Arbeiterschaft Tarifverträge abzuschließen. Der christliche Metallarbeiterverband ist nach wie vor auf dem Boden der gegenseitigen Anerkennung zu gemeinsamen Verhandlungen bereit und wünscht, daß durch eine baldige Verständigung solche zustande kommen, um auch den Arbeitern und dem Stuttgarter Bauhofsloßergewerbe wieder geregelte Arbeits- und Lohnverhältnisse zu geben.“

Unsere Kollegen in Stuttgart sind fest gewillt, ihre Sache und die Ehre des Verbandes auch gegenüber den roten Macht- und Terrorgefühlen mit aller Energie zu vertreten. Die christlich organisierten Bauhofsloßer in Stuttgart lehnen es ab, sich von den Genossen bevormunden zu lassen. Sie vertreten den Grundgedanken „gleiches Recht“ für alle. Sie werden zur Stelle sein, wenn es gilt einen Kampf gegen Verschlechterungen zu führen, wie sie in gleicher Weise bereit sind, in ehrlicher und solidarischer Weise mit allen mitzuarbeiten, die in gleich ehrlicher Weise für eine Hebung der Lage der Arbeiterschaft einzutreten gewillt sind. Ohne Solidarität aber keine Gegenolidarität. Wie sind überzeugt, daß in einem solchen Kampfe um Recht, Freiheit und Besserstellung unserer Kollegen in Stuttgart die Sympathie der Öffentlichkeit besitzen. Den Kollegen in Stuttgart wird aber die Wichtigkeit der Vertretung ihrer eigenen Interessen ein Ansporn sein zur vollständigen persönlichen Mitarbeit im Verbande, dem Versammlungsleben und der Arbeit. Alle Mann an Bord heißt es jetzt, bleibe keiner zurück, wenn nicht unsere Sache Schaden erleiden soll.

**Balzen D.-Zell.** (Sib Berlin“ terrorisiert). Wie wir in Nr. 23 berichteten, hatten, hatte uns der hiesige Herr Amtsvorstand durch eine Verfügung an den Lokalinhhaber die Abhaltung einer öffentlichen Versammlung unzulässig gemacht. Der Wirt stellte uns daher sein Lokal zur Verfügung für eine Mitgliederversammlung am 8. Juni. Daß es sollte anders kommen. Diesesmal war es aber nicht der Herr Amtsvorstand, sondern „Sib Berlin“, der alle Mühen (singen ließ, um das Stattfinden einer christlichen Gewerkschaftsversammlung in Balzen zu verhindern.

Am Sonnabend, den 7. Juni, teilte uns der Wirt telefonisch mit, daß er seine Zusage zurückziehen müsse, weil der „Berliner“ Arbeiterverein eine Versammlung abhalten wollte. Dieser ginge vor, weil es dessen Vereinslokal sei. Diese angebliche Versammlung war aber nur eine Ausrede, wie sich herausstellte. Als wir den Wirt persönlich zur Rede stellten, erklärte dieser nach einigem Hin und Her, ihm sei durch eine „Deputation“ vom Pfarramt ein in Berlin verfertigtes Schriftstück zur Untersuchung vorgelegt worden, durch das er unterschrieben habe versprochen müssen, daß er sein Lokal den christlichen Gewerkschaften nicht mehr hergeben würde, andernfalls der „Berliner“ Verein ausziehe.

Der Wirt gab uns den Rat, den Herrn Pfarrer um die Erklärung zu ersuchen, daß er (der Pfarrer) nichts gegen die Herangebe des Lokales einzuwenden habe. Weil der Herr Pfarrer am Sonnabend persönlich nicht zu erreichen war, setzten wir uns Sonntags telefonisch mit ihm in Verbindung. Die uns zu Teil gewordene Antwort wollen wir vorläufig noch nicht veröffentlichten, sondern nur feststellen, daß der Versuch erfolglos verlief: „Sib Berlin“ hat uns also das Lokal abgetrieben, wir fragen: Ist das kein Terrorismus?

Tavohl, das ist Terrorismus und zwar von denselben Leuten, welche die Enzyklika „Singulari Quadam“ immer im Munde führen und in der es u. a. auch heißt: „Alle, die sich als Einzelversionen oder in Vereinigungen des christlichen Namens rühmen... müssen untereinander Frieden und wechselseitige Liebe fördern.“ Es ist sonnenklar, daß die „Berliner“ in Balzen vorstehenden Grundgedanken nicht nur ignorieren sondern ihn „wissentlich“ und „vorsätzlich“ mit Füßen getreten haben. Wir werden Sorge tragen, daß das überall bekannt wird.

**Briefkasten**

H. in A. und verschiedene andere. Es ist selbstverständlich, daß allen Anträgen um Verhängung der Sperre, Warnung vor Zugang etc. im Verbandsorgan eine Begründung und Schilderung des Sachverhaltes beigegeben sein muß. Auf die einfache latonische Mitteilung hin, da und dort sind Differenzen ausgebrochen, können wir uns nicht einlassen.

Bei dieser Gelegenheit sei auch noch darauf hingewiesen, daß von jeder beantragten Bewegung sofort eine Mitteilung an uns gelangen muß, in welcher der Ausgang der Bewegung ersichtlich ist.

M. in Menden. Deine Anzeigen für die Sterbetafel enthalten nicht das Sterbedatum, solange dieses nicht vorliegt, müssen wir von einer Veröffentlichung Abstand nehmen.

Bei dieser Gelegenheit sei zum so und sovielen Male darauf aufmerksam gemacht, daß in den für die Sterbetafel bestimmten Anzeigen angegeben sein muß: Name, Beruf, Todes- tag und Ursache.

Nach Stuttgart. Die beiden Berichte trafen erst am Dienstag morgen hier ein. Wie du siehst konnte nur einer Aufnahme finden, und auch der nur mit knapper Not. Also nächstens etwas früher.

**Sterbetafel.**

**Böhrenbach.** Am 11. Juni starb unser Kollege Trübschler an einer Lungenentzündung im Alter von 72 Jahren. **Mülheim-Rhein.** Unser Kollege Rückershäuser am 14. Juni im Alter von 18 Jahren tödlich verunglückt. **Pforzheim.** Unsere Kollegin Anna Katharina Reil Hilfsarbeiterin in Erfingen, starb am 17. Juni 1913 im Alter von 21 Jahren an einem Lungenleiden. **Dortmund-Hombroich.** Am 15. Juni starb unser Kollege Franz Schopinski an Blutsturz im Alter von 20 Jahren. **Gilendorf.** Unser langjähriger rühriger Vertrauensmann der Kollege Heinz Kaiser starb am 17. Juni im Alter von 35 Jahren an Magenkrebs. **Stolberg-Gschweiler.** Am 17. Juni starb unser Kollege Wilh. Zellmann im Alter von 50 Jahren an einer Lungenentzündung. **Ulsheim.** Am 18. Juni verschied unser treuer Kollege Leonhard Kell an den Folgen eines Unfalles im Alter von 19 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

**Versammlungskalender.**

Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

**Samstag, den 28. Juni.**

**Barmen.** Abends 9 Uhr bei Lindermann, Oberdürrenstr. 69. **Berlin.** Abends 8.30 Uhr in Schul Festhalle, Am Königsgraben 14. **Dortmund 2.** Abends 8.30 Uhr bei Kleinberg, Westermärkstr. 1. **Düsseldorf-Ratingen.** Abends 9 Uhr bei Kürten, Wechemerstr. 5. **Eisenach.** Abends 8.30 Uhr im Weinmarktischen Hof. **Gamburg.** Jeden 2. und 4. Sonnabend in Billeriks Gesellschaftshaus, Kohlstr. 27. **Heheim 1. Bezirk.** Abends 8.30 Uhr bei Strudenbaum früher Weite mann, Döhrstraße. **Neubred.** Abends 8.30 Uhr bei Veitshaus, Wilhelmstr. 30. **Niedel-Grünefeld.** Abends 8.30 Uhr bei Wittkamp, Westermärkstr. **Köln-Stadt.** Abends 9 Uhr im Restaurant „Zur Rathausmühle“ Neumarkt 18. **Stuttgart-Ludwigsburg.** Abends 6 Uhr bei Weinmann. **Würzburg.** Abends 8 Uhr im Lokale Endres, Herrungasse.

**Sonntag, den 29. Juni.**

**Buchholz.** Abends 8 Uhr bei Kupper, Düsseldorfstraße. **Dortmund-Schüren.** Vorm. 11 Uhr bei Metzdorf. **Dortmund-Schwerte.** Vorm. 11 Uhr bei Korbeck, Bahnhofstraße Vertrauensmännerversammlung. **Duisburg-Beek.** Vorm. 11 Uhr bei Finzer, Katterstraße. **Duisburg.** Vorm. 10.30 Uhr im Burgard, Köhnenstraße. Vertrauensmännerversammlung. **Düsseldorf-Oberbilk.** Vorm. 11 Uhr bei Mages, Eberstr. 182. **Gelsenkirchen-Schalke.** Morgens 11 Uhr bei Wegener. **Gladbek.** Nachm. 3.30 Uhr bei Rodpot (Christl.), Gewerkschaftshaus. **Karlsruhe.** Morgens 11 Uhr Vorstand- und Vertrauensmännerversammlung im Palmengarten. **Reheim 6. Bezirk.** Vorm. 11 Uhr bei Wolf, Gohlstraße. **Remscheid.** Abends 8 Uhr bei Schleppl, zum „Stern“. **Vonheim.** Morgens 11 Uhr bei Stämming, Venzelstr. 187.

**Donnerstag, den 3. Juli.**

**Danzig-Langfuhr.** Abends 8 Uhr in der Flora.

**Samstag, den 5. Juli.**

**Berlin-Moabit.** Bei Maberaki, Gogkowskistr. 38. **Boel-Kabel.** Abends 8.30 Uhr bei Joh. Schürmann, Hagenerstraße. **Duisburg-Meiderich.** Abends 8.30 Uhr bei Kleine Raitland, Unter den Ulmen. **Eberfeld.** Abends 8.30 Uhr bei Herkenrath, Klogbahn. **Freiburg i. B.** Abends 8.30 Uhr im Ganterbräu, Schiffstr. 7. **Göppingen.** Abends 6 Uhr im Restaurant Germania. **Karlsruhe.** Abends 8.30 Uhr im Palmengarten. **Köln-Kalk.** Abends 8.30 Uhr bei Hönigsberg, Breuerstr. 14. **Münster.** Abends 8.30 Uhr im Gelsenhof. **Oldenburg.** Abends 8.30 Uhr bei Gottfr. Schmitz. **Stuttgart.** Abends 8.30 Uhr im römischen Adlig, Gohlstr. 3. **Wetterbauer-Vogelsang.** Abends 8.30 Uhr bei Wüschhorn, Ennepstraße.

**Sonntag, den 6. Juli.**

**Altenhagen.** Vorm. 11 Uhr bei Aug. Steinhaus, Boelstr. 1. **Belheim.** Jeden 1. Sonntag im Monat Versammlung abwechselnd im „Hirsch“ und „Kreuz“. **Berlin-Jugendliche.** Nachm. 3 Uhr im Deutschen Gärtnerheim, Sinalauerstr. 33. **Bonn.** Morgens 10 Uhr bei Witz, Wilhelmstraße. **Duisburg-Laar.** Vorm. 11.30 Uhr bei Jansen, Katterstraße. **Duisburg-Obermeiderich.** Vorm. 11 Uhr im Zuchlan, Eisenstr. **Hann.** Im Restaurant zum Braustübel, Gärtnerstraße. **Heidenheim.** Vorm. 10 Uhr in der Harmonie. **Karlsruhe-Durlanden.** Nachm. 3.30 Uhr im Hirsch. **Karlsruhe-Ellingen.** Vorm. 10 Uhr Vorstand- und Vertrauensmännerversammlung im „Wilden Mann“. **Köln-Blindb.** Morgens 11 Uhr bei Heinz. Dürz, Ostheimerstraße. **M. Glogbach-Süchteln.** Morgens 10 Uhr bei Porta. **Porz-Neumar.** Nachm. 5 Uhr bei Demmer in Urbach. **Porz-Neumar.** Morgens 10.30 Uhr bei Klein. **Schalke.** Nachm. 5 Uhr bei W. Bedder, Halverstraße. **Schmelm.** Vorm. 11 Uhr bei Wiese, Bahnhofstraße. **Stegabr.** Morgens 11 Uhr bei Menorich, Kronprinzstraße. **Strickr.** Morgens 11 Uhr bei Landtscheid, Holsenstr. 1. **Trier.** Vorm. 11 Uhr bei Kirchen, an der Meerkastelstraße. **Troisdorf-Sieglar.** Morgens 11 Uhr bei Klein in Sieglar.

**Dienstag, den 8. Juli.**

**Danzig-Laental.** Abends 8 Uhr bei Mütter.

**Donnerstag, den 10. Juli.**

**Pforzheim.** Abends 8.30 Uhr Vorstand- u. Vertrauensmännerversammlung im Lokal Unter Nr. 20. **Danzig-Ohra.** Abends 8 Uhr bei Behomski. **Karlsruhe-Ellingen.** Abends 8 Uhr mit Vortrag im „Wilden Mann“.

**Kartellektur**

für das Bezirkskartell der christlichen Gewerkschaften Bochum-Gelsenkirchen gesucht. Reflektiert wird nur auf erste Kraft, die mit allen Fragen auf dem Gebiete der sozialpolitischen Gesetzgebung befasst, wie agitatorisch längere Zeit erfolgreich in der christlichen Gewerkschaftsbewegung mitgearbeitet hat. Bewerbungen, denen ein kurzer Lebenslauf, sowie ein Aufsatz über die Tätigkeit eines Kartellbeamten beigelegt sein müssen, sind unter der Bezeichnung K. B. an den Kartellektur Ludw. Kie, Wattenfeld (Westf.), Döhrstraße 32 bis zum 4. Juli einzufenden.

**Geschäftsempfehlung.**

Der unterzeichnete inwärtig gewordene Verbandskollege hat ein Verbandsgeschäft in Solinger Stahlwaren errichtet und bietet ein geeignetes Zulage. Ich empfehle Haarschneidemaschinen, Rasiermesser und Apparate mit Aufsatzlingen und Abzugsmaschinen sowie Messer, Scheren, Gabeln, Gabeln, Besteck etc. in allen Preislagen für jedes Stück wird Garantie geleistet. **Johann Müller, Obliß, Talstr. 20.**